

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 29. August
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Nr. 404.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserat: 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, dreigesaltene 5 Sgr., 4 Sgr. An die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei **Brupski (C. J. Ulrich & Co.)**
Breitstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn **Th. Spindler**,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn **J. Streifand**;
in Frankfurt a. M.:
H. F. Neube & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Moser;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Graessner & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Kahlh.**

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat September nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pfg. an. Bestellungen bitten also jetzt gefälligst direkt und bald bei denselben zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Jesuiten-Umtriebe in Amerika gegen das Deutsche Reich.

Wie die Ultramontanen am Rhein Alles in Bewegung zu setzen suchen, um sich gegen das Jesuitengesetz aufzulehnen, so treiben sie es auch jetzt in Amerika. Dort sind die ersten Sendboten der vertriebenen Populiten aus dem Deutschen Reich angekommen und rufen die deutschen Katholiken um Hilfe an wider Kaiser und Reich. In Folge dessen hat am 4. August im großen Saale der Mozart-Halle zu Cincinnati eine Massenversammlung der dortigen deutschen Katholiken stattgefunden, welche gegen das im deutschen Reichstage genehmigte und von dem deutschen Kaiser sanktionierte Jesuitengesetz Beschlüsse faßte. Die Versammlung erwählte einen Herrn **J. Springmeyer** zum Vorsitzenden. Derselbe übernahm das Präsidium mit einer ziemlich gemäßigten Ansprache, indem er hervorhob, er bedauere, daß diese Versammlung stattfinden müsse, um gegen das Verfahren des Reichstages Protest einzulegen. Er hoffe jedoch, daß diese Versammlung Beschlüsse fassen, die nicht zu extrem seien. Zum Vizepräsidenten wurde ein gewisser **John Godar** erwählt. Derselbe sagte u. A. in seiner Ansprache an die Versammlung: „Er, Godar, sei Rheinländer und habe weber mit Frankreich noch mit Deutschland sympathisiert. Napoleon der Erste habe die ganze Welt erobert. Als er jedoch die katholische Religion angegriffen und den Papst vertrieben habe, sei er untergegangen. Er, Godar, hoffe, daß dem Kaiser Wilhelm dasselbe passire.“ (Stürmischer Applaus.)

Dies die Einleitung zu dieser sauberen Versammlung, über welche das „Cincinnati Volksblatt“, ein durchaus freisinniges Organ, einen vier Spalten umfangreichen, durchaus objektiv gehaltenen Bericht veröffentlichte. Wir entnehmen letzterem das Wesentliche. Das Komite der Versammlung rief als Sprecher den Jesuitenpater **Leopold** von der Augustinus-Gemeinde auf die Tribüne. Dieser begann damit, daß er sich entschuldigte, indem er sagte, daß er ohne — Vorbereitung zur Versammlung spreche! Er hob nun hervor, er habe erst vor drei Wochen das alte Vaterland verlassen, und vor sechs Wochen sei er noch mitten in dem Lande gewesen, in dem jetzt hauptsächlich die Verfolgungen stattfänden, in Preußen, und zwar in der Stadt Breslau. Er selbst habe in Folge des Jesuitengesetzes sein Vaterland verlassen müssen. Die meisten der in der Versammlung anwesenden Leute kennen freilich in allgemeinen Grundzügen die Vorgänge in Deutschland, aber sie wüßten noch nicht die Hälfte.

Man wolle ein großartiges Attentat auf die katholische Kirche begehen und sie total erstickten. „Bismarck ist jetzt nicht mehr der Lenker, er ist zum machtlosen Werkzeug einer großen Partei herabgesunken“, sagte der Redner, „er leitet nicht mehr, er wird geschoben! Er macht einen Bock nach dem andern, und wird schließlich den Weg des Napoleon gehen.“ Alsdann sprach der fromme Pater über den deutsch-französischen Krieg und den Patriotismus der Jesuiten: „Wir versprochen bei unseren Pfarrkindern unser Möglichstes zu thun, und lösten unser Wort auch ein. Die deutschen katholischen Regimenter standen im Kampfe immer an der Spitze, und ihnen verdankt man es wenn man gesiegt hat. Und warum thaten wir dies? Weil wir hofften, daß Preußen unsern Wunsch erhören und ein gutes Wort für unseren heiligen Vater Pius IX. einlegen würde. Wir hielten den Krieg mit Frankreich für einen Glaubenskrieg! Und hofften, daß man in Berlin noch die alte Politik befolgen und mit der katholischen Kirche rechnen würde.“

Nun besprach der fromme Pater den vom Reichstag auf Antrag des bairischen Ministers v. Luz angenommenen Kanjelparagraph, natürlich in sophistischer Weise, und fügte hinzu: „Nach diesem schändlichen Erlaß kam das Schulaufsichtsgesetz. Preußens Schulen sind in der ganzen Welt berühmt. Aber wem verdanken sie diese guten Schulen? Dem katholischen Klerus, der aus ihnen gemacht hat, was sie jetzt sind. Aber nachdem man dieses schmachvolle Gesetz angenommen hatte, kam eine Kabinetts-Order, Alles beim Alten zu lassen, denn die Leute hatten eben Niemand der an die Stelle der katholischen Priester treten konnte. Man wollte nur ein drohendes Schwert über unserm Haupte aufhängen. Das war ein schöner Eingriff in unsere Rechte, eine Ungerechtigkeit, eine ungeheure Undankbarkeit und Dummheit.“

Denn wer hat die Franzosen geschlagen? Etwa die deutschen Soldaten? Keineswegs, denn Soldaten haben die Franzosen auch, und zwar sehr gute. Der deutsche Gehorsam und die deutsche Gottesfurcht haben sie geschlagen! Nun führte Pater Leopold aus, daß der katholische Klerus den Deutschen diesen Gehorsam und diese Gottesfurcht beigebracht habe. „Schließlich“, fuhr der Redner fort, „kam das verächtliche Jesuitengesetz und setzte allen diesen Schändlichkeiten die Krone auf. Ich bin genau mit den Jesuiten bekannt, denn ich bin ihr Bögling! Es sind äußerst harmlose, ungefährliche Leute die ihren Einfluß nur im Guten und zum Besten des Landes aus-

übten. Die Jesuiten haben nie an Politik gedacht und standen früher auch bei Hofe sehr gut angeschrieben, wo sie durch den Einfluß der Familie des Fürsten Radziwil, von der selbst ein Mitglied zu dieser Orden gehört, in hohem Ansehen stand. Und wozu all' dieser Spektakel? Bismarck will das Heft in den Händen behalten, denn er sieht einen neuen Krieg voraus und will sich den Einfluß der Ungläubigen sichern. Er opfert uns den Protestanten, den Ungläubigen, den Juden und Freimaurern. Fördert doch selbst die fromme Kreuzzeitung zum Kampfe gegen Rom auf und scheint nicht, sich mit Denjenigen zu verbinden, die sie stets bitter bekämpft hat. Dies hatten wir nicht erwartet! Aber trotz Alledem wird die Kirche doch nicht fallen! Bismarck ist nur der Affe Napoleons III., und wie dieser geendet hat, wird auch er enden! Im heiligen Kriege sind alle Katholiken begeistert. Erst sind wir katholisch und dann erst deutsch — und eher stürze das ganze Deutsche Reich in Trümmer, als daß auch nur ein Stein von der katholischen Kirche gelöst werde.“ (Großer anhaltender Beifall.)

Nachdem sich Pater Leopold gesetzt, wurden die Resolutionen vorgelegt und drei Beschlüsse gefaßt, die auf Folgendes hinauslaufen: 1) Protest gegen das Jesuitengesetz, das als ein Schandfleck in den Annalen der deutschen Gesetzgebung bezeichnet wird; 2) Dank an die Zentrums-Fraktion des deutschen Reichstages; 3) Weileidsversicherung an die Katholiken Deutschlands in der Hoffnung, daß „gewiß endlich ein Steinchen herabfallen wird, welches dem Koloß des kirchenfeindlichen Liberalismus die Ferse zerschmettert!“ Diese Beschlüsse wurden mit einem donnernden Hurrah angenommen.

Ein Herr von der Seyde stellte nun den Antrag, man solle einen Beschluß fassen, der erkläre, daß man in Anbetracht der schrecklichen Prahlerei der deutschen Zeitungen in Deutschland sowohl wie hier zu Lande (Amerika), im Deutschen Reich die wahre Freiheit nicht recht verstände. Mit Applaus angenommen. Auf Antrag wurde ferner beschlossen, Kopien der angenommenen Resolutionen an den Kaiser Wilhelm und Bismarck zu senden. Angenommen.

Die Schlussrede der Massen-Versammlung hielt ein Herr **Grimmelmann**, in der er die Verdienste des katholischen Klerus hervorhob und unter Anderem sagte, daß ihm die „Schwarzröcke“, wie sie ihre Kragen schmückten, sehr gefielen. (Lachen.) Er wünschte, daß diese Erklärung wurde mit großem Applaus aufgenommen, worauf sich die würdige Versammlung vertagte.

Ueber die Person des Jesuitenpaters Leopold sagt das „Cincinnati Volksblatt“: „Es ist ein blutjunger Mann, von kleiner, schwächlicher Gestalt, mit einem glatten, bartlosen Gesicht, aber scharfgeschnittenen Zügen. Er trägt eine Brille und kurz geschnittenes Haar.“ Also ein Mephisto in jungen Jahren!

Der serbische Kirchen-Kongreß.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“ aus Wien:

Nicht ohne eine heftige theilnahmevoller Schadenfreude verfolgen die hiesigen Politiker die Kämpfe, welche das ungarische Ministerium neuerdings in der Wojwodine mit seiner durch Miletich aufgewiegelter serbischer Bevölkerung zu bestehen hat. Diese ungarischen Serben sind die „Gyechen Transleithaniens“, weshalb man mit frohlockenden Akzenten, und je lehrhafter bisher oft die ungarischen Staatsweisen und ihre Vertreter in der Presse der anderen Reichshälfte und deren inneren Wirren gegenübergetreten waren, desto ungemüthlicher ist das Gefühl der inneren Genugthuung, die man darüber empfindet, daß nun plötzlich dieselben Ungarn, welche die politische Erbweisheit in allen Ausgleichsfragen gepachtet zu haben meinten, sich in der Lage der Spagen in der Fabel befinden, die Anderen wohl guten Rath geben konnten, sich selbst aber nicht zu helfen wußten. Zu den geschätzten Ausgleichs-Verhandlungen mit dem kroatischen Landtage, auf deren Gelingen der ungarische Minister-Präsident, Graf **Sonyay**, noch neuerdings so selbstgenügsam zu pochen schien, zu diesem Fehlschlagen heftig genährter Hoffnungen gefellte sich in diesen Tagen ein neues politisches Mißgeschick dem sogenannten serbischen Kirchen-Kongreß in Karlowitz gegenüber, dem man nicht anders als durch einen Gewaltstreich zu begegnen wußte. Dieser serbische Kirchen-Kongreß ist eine aus dem Jahre 1690 schon herstammende Gerechtsame jener serbischen Orthodoxen, welche zur Zeit Kaiser Leopold's I. sich vor den vorrückenden Türken nach Ungarn hinüber gerettet, um sich erst provisorisch und dann für alle Zeit daselbst niederzulassen. Wie bei allen halb zivilisirten Völkern, so ist auch bei den Serben die Religion ein Stiel der Nationalität, die Orthodoxie ist so innig mit den nationalen-serbischen Bestrebungen verwachsen, daß alle Fragen, welche dieser autonome Kirchen-Kongreß zu behandeln hat, gleichsam unlösbar sind von einem spezifisch serbischen Hintergrunde, der wiederum jetzt getragen wird von jenen nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen, welche der Agitator Miletich mit großer Gewandtheit zu schüren weiß. Diese nationale Partei, die gleichzeitig sich den Anschein giebt, diejenige des liberalen Fortschritts zu sein, ging nun seit Jahren darauf aus, das Aufsichtsrecht, welches sich die Krone Ungarn über den Kongreß vorbehalten, illusorisch zu machen, und so beriet sie denn in der Session der Jahre 1870/71 ein neues Reglement über Statut, welches nicht nur Kirche und Schule in den Besitz und den ausschließlichen Machtbereich dieser liberalen Nationalpartei bringen, sondern auch die Prärogative der Regierung, als die Einberufung des Kongresses zu genehmigen oder zu verlagern, ihre bevollmächtigten Kommissare zu demselben abzuordnen, und endlich zum Landespatriarchen auch den Kandidaten der Kongreß-Minorität zu ernennen, welches alle diese Vorrechte mit einem Schlage abschaffen sollte. Wirklich nahm auch die Mehrheit der Kirchen-Versammlung dieses neue Statut gegen die wenig zahlreichen Stimmen einer klerikalen Minderheit, meist aus der niederen griechisch-katholischen Pfarreilichkeit bestehend, an, während die ungarische Regierung den so zu schaffenden Staat im Staat nicht dulden wollte und deshalb die Ratifizierung und Anerkennung des neuen Reglements streng verweigerte. Daraus entwickelte sich nun ein dumpfer Zwist zwischen den fortwährend gesünnten Nationalen und der ungarischen Regierung, welche nothens volens gezwungen war, sich auf die Klerikalen zu stützen, die, gleich ihr, das neue Statut nicht anerkannten. Der Widerstreit wurde aus einem so zu sagen gebundenen offener Kampf, gerade jetzt, wo es sich um die Neuwahl eines Patriarchen handelte. Die nationale Mehrheit des Kongresses wollte das

alte Statut nicht mehr als zu Recht bestehend ansehen, weil dieses, wie gesagt, der pestifer Regierungsgewalt gestattete, nöthigenfalls auch den Kandidaten der Minderheit auf den Patriarchenstuhl zu erheben, wenn dieser Kandidat überhaupt nur ein rituell geweihter griechischer Bischof sei. Miletich gab in diesem Sinne das Lösungswort unter seinen Genossen aus: Entweder Anerkennung des neuen Statuts durch die Regierung oder gänzliche Wahlenthaltung und dadurch Vereitelung jeder Patriarchenernennung, also Wahllegung des staatlichen Lebens. Denn der Patriarch ist bei den Bewohnern der Wojwodina ein übermenschliches, heilig gehaltenes Wesen. Sein Einfluß ist nicht nur kirchlich, sondern auch politisch ein ungeheurer, und wenn es den Magyaren darum zu thun war, einen Prälaten zu dieser Stellung berufen zu sehen, der seine Macht nicht gegen sie selber kehre, so lag naturthwendig Miletich und seinen Freunden daran, einem der Ihren zum Patriarchen zu verhelfen, der gesonnen sei, den auf kirchlichem Gebiete begonnenen Kampf um volle Autonomie auch auf das politische Gebiet zu übertragen und kraft seines heiligen Amtes und des Ansehens, welches ihm dasselbe verleiht, das ganze Volk für diese Bewegung zu entflammen. Eben jetzt sollte der Kongreß zusammentreten. Es bildete sich noch vor der eigentlichen Eröffnung in Karlowitz eine Art Vorparlament, welches auf Anregung des Führers Miletich einfach den Entschluß faßte, den zum Kommissar der ungarischen Krone ernannten General **Mollinay** gar nicht zu empfangen, d. h. seiner Würde jede Anerkennung zu verweigern. Angesichts dieser Kundgebung blieb dem General nichts übrig, als den Kongreß aufzulösen, noch ehe er offiziell zusammentreten war, und mit diesem Gewaltschritte wurde eine Art bürgerlichen Kriegszustandes zwischen den Ungarn und den Serben der Wojwodina eröffnet, der eben so langwierig und störend für das Verfassungsleben zu werden verspricht, als es in der mitleidhansischen Reichshälfte der staatsrechtliche Kampf mit den Czechen bereits geworden ist. Möglich, daß es in Folge der Drei-Kaiser-Begegnung in Berlin den Südslaven schließlich an jenen geheimen Stimulanten zu mangeln beginnen wird, die ihnen bisher so oft von Moskau aus nachlich zugeführt wurden; möglich jedoch, daß, wenn Rußland auch für sich auf Eroberungen im unteren Donaubale verzichtet, es dennoch jene Strebungen nicht ganz aufgeben will, die zur Kräftigung der griechisch-katholischen Dafen innerhalb der europäischen Türkei, gerade von der Grenze aus, so unendlich viel beitragen können.

Deutschland.

© **Berlin**, 28. August. Der Kultusminister Dr. Falk wird nicht schon in der bevorstehenden Session des Landtages das lange verheißene Unterrichtsgesetz vorlegen, weil noch ungewiß ist, was im Zusammenhang mit der Kreisordnung geschehen wird. Das Schicksal dieses Gesetzes, das den Unterrichtswesen ganz außerordentlich ausgeben muß, schwebt biong in der Luft. An der Hinabwürdigung der Reform des Unterrichtswesens haben die Ultramontanen und die Ultramontanen ein gemeinsames gleich großes Interesse, und im Hinblick auf den fortdauernden leidenschaftlichen Widerspruch der Jesuitenpartei gegen das Reich ist sehr zu beklagen, daß auf die Schulreform noch länger gewartet werden muß. Zwar hat der Kultusminister die Absicht, wenigstens die viel beklagten Schulregulative durch eine neue Schulordnung zu ersetzen und diese Konzeption muß immerhin dankbar anerkannt werden. Allein die ganze Lage, wie sie seit Jahresfrist sich gestaltet hat, erfordert gründliche und umfassende gesetzliche Maßnahmen. Die Ultramontanen kämpfen für die Fortdauer der Präponderanz der Orthodoxie, die Ultramontanen für den gegenwärtigen gesetzlichen Zustand, weil er ihnen innerhalb der Schule außerordentliche Vortheile bietet. — Es darf jetzt als ziemlich sicher angesehen werden, daß im Herrenhause bei der Wahl eines Präsidenten für den verstorbenen Grafen **Eberhard zu Stolberg-Wernigerode** die Majorität der Stimmen auf den regierenden Grafen **Otto zu Stolberg-Wernigerode** sich vereinigen wird. Graf Otto zu Stolberg ist Oberpräsident von Hannover und in Hoffreisen gerade so gern gesehen, als bei der Majorität des Herrenhauses beliebt. Vorläufige Verhandlungen unter den einflussreichsten Mitgliedern des Hauses haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn Graf Otto zu Stolberg sich wählen lassen will, seine Wahl fast mit Einstimmigkeit zu erzielen sein wird. — Nach den letzten definitiven Bestimmungen trifft der Kaiser am 31. August hier ein. Der Reichskanzler **Bismarck** kommt natürlich auch, wird aber nach der Kaiser-Zusammenkunft nach Bargin zurückkehren und nicht nach Marienburg gehen, um den dortigen Festlichkeiten beizuwohnen.

— Die Angelegenheit des Bischofs von Ermeland ist, wie man der „Trib“ versichert, noch nicht ganz abgeschlossen, und ganz entschieden die Nachricht falsch, daß man bezüglich des „kleinen Ermelanders“ in vollständiger Rathlosigkeit sich befände. Es sind allerdings die Erhebungen über den Fall noch nicht abgeschlossen, dagegen die Maßregeln, welche man in das Auge gefaßt hat, so bedeutsam, daß man ihre Ausführung von einem möglichst genauen und nach allen Seiten hin begründeten Material abhängig machen muß. Es wird sich bald zeigen, wie sehr diejenigen im Unrecht sind, welche von der Ansicht ausgehen, daß die Sache eingeschlafen sei oder von der Regierung lau behandelt werde.

— Die „Germania“ veröffentlicht vorgestern als Leitartikel einen „Scheidegruß an die Jesuitenpatres“, welcher mit dem Satze beginnt: „Ihr zieht von dannen, weil ein freier Aufenthalt im Auslande besser ist, als ein Zwangsaufenthalt in der Heimath. Doch nicht klanglos sollt Ihr wandern!“ — Nun, in Eilen wenigstens war der Abschied recht klangvoll.

— Die ultramontanen Tagesblätter haben sich in der letzten Zeit in starker Progression vermehrt. Noch vor einigen Jahren waren die „Kölnischen Blätter“ (jetzt „Kölnische Volkszeitung“), das „Mainzer Journal“, der „Westfälische Mercur“ (Münster) und allenfalls das „Echo der Gegenwart“ (Aachen) die einzigen größeren Blätter dieser Richtung in der nördlichen Hälfte von Deutschland. Dazu kamen aus Süddeutschland die „Augsburger Postzeitung“, der „Münchener Volksbote“, das „Deutsche Volksblatt“ (Stuttgart) und der „Badike Beobachter“, aus Wien der „Volksfreund“ und das „Vaterland“. Seitdem sind im nördlichen Deutschland hinzugekommen die „Germania“ (Berlin), die „Schlesische Volkszeitung“ (Breslau), die „Deutsche Reichszeitung“ (Bonn), die „Niederrheinische Volkszeitung“ (Grefeld), die „Essener, Dortmunder, Coblenzer und Westfälische Volks-

am Plage, da es nur als eine Bestätigung jener Gerüchte aufgefäht wird, was in Verbindung mit der administrativen Unthätigkeit gegen die schwarzen Zugvögel selbstverständlich der Regierung keine Ruhmeskrone einträgt. Die Bevölkerung erwartet von der Regierung entweder eine energische Handhabung des Jesuiten-Erlasses oder auf Grundlage amtlicher Erhebungen eine Berichtigung etwaiger Falschmeldungen von Jesuiten-Niederlassungen. Unseres Wissens ist bis zur Stunde bloß ein einziges diesbezügliches Gerücht von der Behörde demontirt worden, nämlich vom „Tagesboten aus Mähren“ gebrachte Meldung, daß im Kloster der Grauen Schwestern vom „Herzen Jesu“ am Smichow deutsche Jesuiten aus Lothringen Unterstand gefunden hätten.

Heute aber kann dasselbe Blatt berichten: Endlich einmal haben wir einen Schritt der Regierungsorgane zu verzeichnen, welcher darauf hinweist, daß mit dem Jesuiten-Erlasse des Ministeriums Ernst gemacht werden soll. Das Jesuitenkollegium Mariaschein bei Teplitz ist nämlich, wie ein Telegramm unseres Morgenblattes meldet, von der dortigen Bezirkshauptmannschaft aufgefordert worden, die Legitimationen seiner Mitglieder der Behörde vorzulegen, damit sich diese die Ueberzeugung von der Staatsangehörigkeit der diversen Vopoliten verschaffe. Ein Rekurs der frommen Väter der Gesellschaft Jesu an den Statthalter Baron Koller gegen diese unliebsame Neugierde der Staatsorgane ist erfolglos geblieben. Sehr bezeichnenderweise ist der energische und geschäftstrenge Koller auch der erste Statthalter, von dem wir die Anwendung des Jesuiten-Erlasses zu berichten wissen. Haben wir denn durchaus und in jeder Beziehung nur einen Koller, und giebt es keinen Statthalter in all den Provinzen, in welchen die Schaaren Lohas sich zum Unsegen des Landes niedergelassen haben, der nach der Ehre geizen möchte, dem kräftigen Statthalter von Böhmen zur Seite genannt zu werden?

Chweiz.

Bern, 24. August. Bekanntlich sind unlängst die katholischen Pfarrer Stouder und Crelier durch das Obergericht des Kantons Bern von ihren Pfründen Courgenay und Rebenvelier im bernischen Jura wegen Amtsmißbrauchs abberufen worden. Der „Progrès“ veröffentlicht die Motive, mit welchen der Gerichtshof seine Zuständigkeit begründet hat. Es werden deren 19 aufgeführt, worauf das Erkenntnis schließt: In Anbetracht aller dieser Gründe erklärt der Appellations- und Kassationsgerichtshof sich für zuständig, in Sachen der Abberufung der katholischen Pfarrer Stouder und Crelier zu entscheiden. Das Urtheil, mit welchem Pfarrer Crelier von Rebenvelier von seiner öffentlichen Stellung abberufen wird, ist damit motivirt, daß derselbe nach dem Resultate gepflogener Untersuchung und nach eigenem Geständnis die Funktionen des Amtes zu politischen Zwecken mißbraucht, daß er sich der Kanzel, des Beichtstuhls und anderer geistlicher Mittel bedient, um solche, die nicht seiner Meinung sind, zu beleidigen, zu schmähen und zu verdächtigen, daß er durch seine Unbulsamkeit Haß und Zwietracht in seiner Gemeinde säet und daß er überdies gegen die Staatsbehörden eine feindselige Stellung eingenommen habe, dieses ganze Verhalten aber Crelier unfähig und unwürdig mache, länger seine öffentliche Stellung zu bekleiden. Dem Pfarrer Stouder von Courgenay wird nach eigenem Geständnis und nach den Depositionen einer Menge von Zeugen vorgeworfen, daß auch er sein Amt mißbraucht, von der Kanzel seine politischen Gegner und religiös Andersdenkende mit Inbektiven verfolgt und mit dieser Handlungsweise eine Aufregung in seiner Gemeinde erzeugt habe, welche bereits in bedauerlichen Vorfällen zum Ausbruch gelangt sei; überdies habe Stouder den Staatsbehörden offenen Widerstand geleistet; ein solches Benehmen sei unverträglich mit der öffentlichen Ordnung und mache Stouder unfähig und unwürdig zur weiteren Bekleidung seiner Stelle. Nach dem „Progrès“ hat Stouder am letzten Sonntag in Folge dieses Urtheils eine fulminante Predigt gegen die bernischen Staatsbehörden gehalten und dieselben der Gottlosigkeit und

der Tyrannei bezichtigt, mit der Versicherung, er werde auf seinem Posten ausharren bis zum „Martyrium“, hat er seine Anhänger zu gewaltsamem Widerstande gegen die betreffenden Anordnungen des Staates aufgefordert. Hoffentlich lassen sich die bernischen Behörden durch derartige geistliche Wuthausbrüche nicht schrecken. Die Ehre des Staates und das Interesse für die öffentliche Ordnung erfordern es, daß mit allen Mitteln die Autorität des Gesetzes und der Gerichte zur Geltung gebracht wird.

Frei reich.

Der Kriegs-Minister hat unter dem 12. August folgendes Rundschreiben an die General-Inspektoren gerichtet:

Meine Herren! Man hat an mich die Frage gestellt, ob die General-Inspektoren halbjährige Beurteilungen für die Theile des Territoriums, welche an Deutschland abgetreten wurden, und für die, welche noch von den deutschen Truppen besetzt sind, ertheilen können. Ich ermächtige durch befehlenden Auftrag die General-Inspektoren, halbjährige Beurteilungen unter folgenden Bedingungen zu bewilligen: Es ist dabei wohlverstanden, daß diese Beurteilungen nur in geringer Anzahl bewilligt werden können, und daß sie nur solche Militärs erhalten, welche eine treffliche Aufführung und einen klugen und weiten Charakter haben. Es wird gut sein, denen, welche einen Urlaub erhalten, ins Gedächtnis zurückzurufen, daß, kraft der zwischen den beiden Regierungen übereingekommenen Bestimmungen, die Militärs, welche in Uniform in den okkupirten Gegenden oder auch in dem Territorium des Deutschen Reiches reisen, sich bei ihrer Ankunft bei dem Garnison-Kommandanten vorstellen müssen wie die deutschen Militärs, welche in Frankreich außerhalb des Bereiches der Okkupation reisen, sich bei der französischen Militärbehörde vorstellen müssen; daß die Offiziere der beiden Nationen sich gegenseitig den Gruß schulden, und daß die französischen und deutschen Unteroffiziere und Soldaten die Offiziere der beiden Nationen grüßen müssen. Diese Bestimmungen finden wohlverstanden keine Anwendung auf die Offiziere und Soldaten, welche in bürgerlicher Kleidung reisen.

Inmitten der politischen Einöde erwirbt sich der „Kappel“ durch einen abermaligen Bericht über den Prozeß Bazaine ein nicht zu unterschätzendes Verdienst. Wie weit seine Mittheilungen auf Genauigkeit beruhen, muß freilich dahin gestellt bleiben. Immerhin verlohnt es sich, sie wiederzugeben, wenn gleich deutsche Leser an mehr als einer Stelle ein Fragezeichen zu machen haben werden.

„Wie man aus unsern letzteren Meldungen weiß, — so beginnt der „Kappel“ — hatte der Marschall Bazaine auf die ihm zugegangene Depesche des Marschalls Mac-Mahon keine Rücksicht genommen und sich unter die Mauern von Metz zurückgezogen. Die Untersuchung hat nun nachgeforcht, ob ganz abgesehen von dem Zwischenfall Mac-Mahon die Gründe, welche Bazaine bestimmt haben sollten, sich nach Metz zurückzuziehen, stichhaltig wären. Der Marschall behauptet, daß die am 16. August gelieferte Schlacht von Rezonville es ihm unmöglich gemacht hätte, am 17. seinen Rückzug unter guten taktischen Bedingungen fortzusetzen. Die Preußen hätten, indem sie sich gleich am Morgen des Ortes Mars-la-Tour bemächtigten, die südliche Straße von Verdun abgeschnitten; aber es blieb noch immer die Straße Briey-Vonguon. Um es zu rechtfertigen, daß er diese letztere Richtung nicht eingeschlagen hat, giebt Bazaine vor, daß es seinen Truppen an Lebensmitteln und an Munition gefehlt hätte. Wären diese Einwendungen begründet, so ließe sich allerdings nichts mehr sagen; aber die Untersuchung, welche ihre ganze Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenkte, hat ermittelt, daß sie jedes Anhaltes entbehren. Den Behauptungen des Marschalls Bazaine stellt sie das Zeugnis eines ehrenwerthen Vertreters des Departements Meurthe-et-Moselle entgegen, welchen wir noch nicht nennen dürfen, der aber als Maire einer bedeutenden Gemeinde in der Nähe von Briey und weil er von der Militär-Autorität mit dem Versperrungsdienste betraut war, in jenen unheilvollen Tagen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Aus den Dokumenten (Depeschen, militärischen Ordres und sonstigen Schriftstücken aller Art), welche dieser Abgeordnete lieferte, geht klar hervor, daß zu der Stunde, da der Marschall Bazaine sich weigerte, die Richtung Briey-Vonguon einzuschlagen, die Verbindungen zwischen der Rhein-Armee und Paris nicht abgeschnitten waren. Ueberdies hatte der Marschall auch aus sicherer Quelle die Anzeige erhalten, daß er in Verdun Lebensmittel vorfinden würde. In der That war am 14. August auf dem Bahnhof Vonguon von Paris ein Proviant-Transport angekommen, welcher 150,000 Rationen Brod, Reis, Kaffee, Branntwein, Zucker u. s. w. enthielt und

nach Verdun dirigirt werden sollte; und am 15. Abends wurden diese Vorräthe mit zahlreichen in dem ganzen Kanton requirirten Fuhrwerken nach Verdun geschafft. Wenn der Marschall Bazaine die Ardennenstraße eingeschlagen hätte, so hätte er auf der ganzen Linie der Eisenbahn Munitionen gefunden; auf dem kleinen Bahnhof Vonguon allein befanden sich 25 mit Schießvorräthen angefüllte Waggon, die später nach dem Innern zurückgezogen werden mußten, als der Befehlshaber der Rheinarmee den verhängnißvollen Beschluß faßte, sich unter die Mauern von Metz zurückzubegeben. — Alle diese Thatfachen sind unwiderleglich dargethan: die Untersuchung hat die Depeschen in Händen, die Anzeigen, welche diese Transporte von Lebensmitteln anmeldebefen, und sogar die Empfangsbescheinigungen der Eisenbahn-Verwaltung; zum Ueberflus hat der Untersuchungsrichter General de Rivière auch noch durch besondere Vertrauenspersonen Erhebungen an Ort und Stelle machen lassen, welche alle diese Thatfachen lediglich bestätigen. Der Rückzug nach Metz bleibt also, von dem Avis des Marschalls Mac-Mahon ganz abgesehen, auch als selbstständiger Akt ganz unerklärlich, wenn ihm nicht politische Motive zu Grunde lagen. Wir haben auf diesen Punkt hier nicht näher einzugehen.“

Die liberalen Protestanten von Havre richten an den Präsidenten der Republik eine Adresse gegen die Beschlüsse der letzten Synode. Sie verlangen, daß das von der Synode erlassene Pfarrergesetz an die Presbyterialräthe und die Konsistorien zur Prüfung zurückgewiesen werde.

Mehrere Blätter melden, daß der bekannte Oberst Stoffel von Amts wegen in Ruhestand versetzt worden sei. Das „Bays“ kann die Nachricht nicht glauben. „Wir erinnern uns wohl, daß Hr. v. Stoffel neulich bei dem Begräbniß des Herrn von Persigny einen der Rüssel des Leichentuches hielt, wir gedenken auch eines Buches, welches vor etwa achtzehn Monaten erschien, und in dem die Lehrmeinungen des Herrn Thiers über die Armee mit Nachdruck widerlegt wurden, aber wir kennen zu gut den Patriotismus des Herrn Präsidenten der Republik, um anzunehmen, daß er in einer öffentlichen Angelegenheit hätte persönlichen Abneigungen Gehör schenken können.“ Indes bringt bereits der „Gaulois“ über die Entlassung Stoffels folgendes Nähere: Vor einigen Tagen erhielt der Oberst Stoffel direkt aus dem Kabinett des Gouverneurs von Paris ein Schreiben, welches nahezu wie folgt lautet: „Mein lieber Oberst! Ich bin beauftragt, Ihnen anzuzeigen, daß Sie durch Verfügung des Herrn Präsidenten der Republik vom 16. d. M. aufgefördert werden, Ihre Rechte auf den Austritt aus der Armee geltend zu machen. Genehmigen Sie u. s. w. Im Namen des Gouverneurs von Paris: Der Chef des Generalstabs.“ Man wird bemerken, daß die Verfügung gegen die Gewohnheit nicht vom Kriegsminister, sondern vom Präsidenten der Republik ergangen und daß der Gouverneur von Paris beauftragt worden ist, sie dem Obersten zu beändigen. Wir glauben zu wissen, daß der Oberst Stoffel diesen Brief bis jetzt gar nicht beantwortet hat und entschlossen scheint, ihn ganz unberücksichtigt zu lassen, bis man ihm wenigstens die Motive der Maßregel angegeben hat. Auch die „Republique française“ nimmt sich des Obersten an und will nicht glauben, daß man sich so ohne Weiteres eines Offiziers entledigen werde, welcher unstreitig dem Lande Dienste geleistet hat.

In den offiziellen Reden, welche seit einigen Tagen in Frankreich zum Besten gegeben werden, wird wieder der Ton angeschlagen, der in solchen Auslassungen vor dem Kriege von 1870/71 Mode war. Einen glänzenden Beweis davon liefert der Präsekt von Rouen, der bei dem Diner, welches er den Generalräthen seines Departements gab, sich in höchst schwungvoller Weise ausdrückte. Da sein Toast als Muster der übrigen Kundgebungen dieser Art dienen kann, so folgt hier derselbe:

Meine Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen einen Toast vorzuschlagen, welcher unter Ihnen einen sympathischen Widerhall finden wird. Auf Frankreich, auf dessen Ruinen wir vor 18 Monaten weinten und dessen Wiedergeburt und Wiederaufstehung wir heute feiern, auf Frankreich, von dessen Lebensfähigkeit und Macht seine reorganisirte Armee und sein so glänzend bewährter Kredit Zeugnis ablegen, auf Frankreich, dessen Körper auf grausame Weise verstümmelt werden

wünschte dem Fürsten im Namen der Vertreter der Schutzmächte und der übrigen Konsulate Glück zu diesem Tage und besonders auch dazu, daß der Fürst zu allen Mächten in guten Beziehungen stehe. In einer kurzen Rede, die er ablas, sprach Fürst Milan den Schutzmächten gegenüber seinen Dank und die Hoffnung aus, daß unter seiner Regierung Serbiens Fortschritt und Gedeihen mächtig gefördert werde.

Besonders herzlich war sodann der Verkehr zwischen dem Fürsten und den Mitgliedern der Schutzmächte, die ihn zu beglückwünschen gekommen waren. Milan feste ihnen in einfacher, ungezwungener Weise auseinander, daß sie nichts ohne ihn, er nichts ohne sie auszuwirken, und zu thun gebe es ja genug, da fast zu Allem noch der erste Grund zu legen sei. Diese Sprache, die die konstitutionelle, ja demokratische Gesinnung des jungen Fürsten nicht weniger zu verbürgen scheint, als die Proklamation an das serbische Volk, welche des Morgens erlassen worden war, machte auf die Anwesenden den besten Eindruck. Nachher empfing der Fürst noch eine Menge Glückwünscher, besonders Fremder. Er soll mit sehr viel Anstand die in sieben, achterlei verschiedenen Sprachen vorgetragenen Glückwünsche angehört haben. Bekanntlich spricht er selbst das Serbische und Deutsche nur mangelhaft, während er des Französischen und Englischen vollständig mächtig ist. Auch allerlei Schmerzenskinder aus Oesterreich stellten sich ihm vor. So versicherte ihn ein Agrarier: „Wir sind hierher gekommen, wir wissen selber nicht wie; aber Durchlaucht dürfen überzeugt sein, daß alle Agrarier Herzen hier sind.“ Der Vertreter eines großen feudal-föderalistischen Blattes in Oesterreich huldigte dem Fürsten in laufiger Mundart. Ein Slovake sprach zu ihm:

Ich bin gekommen, um zu sehen, wie Sie hier die Geschichte anfangen; gewiß, Sie werden Serbien glücklich und mächtig machen; dann denken Sie aber auch an uns arme Slovaken.“

Während des Mittags das diplomatische Corps im Konak speiste, fand das Essen, welches die Stadt Belgrad ihren Gästen gab, in einem hübsch eingerichteten Gartenraum des Pariser Hofes statt. Hier herrschte, wie man sich wohl denken kann, ein ungezwungenerer Ton als im fürstlichen Palaß. Den ersten Trinkspruch brachte der Bürgermeister der Stadt Belgrad auf den Fürsten aus, indem er des jetzigen Zustandes der Stadt und der Zeit gedachte, da dieselbe täglich eine Beschließung durch die Türken gewärtigen mußte. Der Russe Basik trant auf die serbische Nation, ein Belgrader Bürger auf die seitherige Regentenschaft, ein Bularester auf den ersten serbischen König. Alsdann erhob sich ein pariser Journalist, Hr. Grignan, den man hier für einen Mann von Namen zu halten scheint, um also zu sprechen: „Meine Herren, die Deutschen haben nach dem letzten Krieg gesagt, wir Franzosen hätten aufgehört, die große Nation zu sein. Ich weiß nicht, ob wir je die große Nation gewesen sind. Aber, während wir uns an-

strengen, wieder die große Nation zu werden, haben wir Mitgefühl für alle Völker, welche dulden. Ich trinke auf die Befreiung Dalmaniens, Slavoniens, der Herzegowina u. s. w. und auf — die französische Republik!“ Nach dieser Aeußerung französischer Bescheidenheit und Logik machte sich der Deutschenhaß und die panslawistische Begeisterung immer ungehemmter Luft. Prof. Busiljewitsch trant darauf, daß sämtliche Slavenstämme ihre Pflicht thun, um alsdann das große slavische Gesamtreich herstellen zu können. Der in Belgrad ansässige Gehehe Valenta brachte ein Hoch auf den vom Czaren hierher geschickten Offizier Dolgorudi aus. Ein Mann aus Bosnien schilderte mit glühenden Geberden die Leiden seiner Landsleute unter dem türkischen Joch; Bosnien könne nicht erlöst werden durch nichtslavische Mächte; sein Heil könne nur von Serbien kommen, mit dem es vereinigt werden müsse. Endlose Zivios und Klisse lohten den kühnen Redner. Ein Mitglied des Karlowitzer Kongresses sprach von dem seiner Nation dort angethanen Unrecht; für die Serben aber seien jetzt die Grenzpfähle verschwunden. ... Doch genug, diese Schilderung soll ja kein Polizeibericht werden.

Ein Gang ins Freie sollte mich von dem widerwärtigen Eindruck erlösen, den ein solches sinnloses Gebahren und Reden auf mich gemacht hatte. Ich lenkte meine Schritte der Höhe der Festung zu, die in unregelmäßiger Anlage in dem Winkel, den die Savemündung mit der Donau bildet, emporsteigt. Man hat von hier eine wunder schöne Rundschau. Weit hinter Belgrad erhebt sich der Avalaberg, zwischen ihm und der Stadt der Brazar, wo unter Karageorgiewitsch 1842 die Stupschina abgehalten wurde. Von dort läuft nach links eine Hügelkette gegen Semendria zu, die Gegend zeigt sich kahl und ausgebrannt, bis der Blick links zu den Weinbergen von Wischnika gelangt, knapp an der Donau gelegen. Dann entwickelt sich vor uns der breite Donaustrom mit einer kleinen Insel in der Mitte, gegenüber das Flachland des Banats; die beiden Kirchthürme von Pancova kann man ganz deutlich ausnehmen. Weiter schweift das Auge über Symnien hin bis zum Saum des Fruscha-Gora-Gebirges. Die grüne Save mit ihren beiden Armen ergießt, nachdem wir ihren Lauf weithin durch die Ebene verfolgt, wo sie eine Menge stehender Wasser zurückgelassen hat, zu unseren Füßen ihre hellere Wellen in das trübe Wasser der Donau. Vielthürmig grüßt Semlin herüber, und zur Seite liegt die alte Türkenstadt, wo eben jetzt neben den verlassenen Minareten, über den Schutt der alten Türkenhäuser hin neue Straßen geführt und neue Häuser gebaut werden. Manches Neue ist bereits in der Christenstadt Belgrad geschaffen worden, die sich, von der Festung durch ein sechshundert Schritte breites, gut angepflanztes Glasis getrennt, an dem Hang über dem Save-Ufer ausdehnt, und Manches wird hier noch geschaffen, um die Stadt zu europäisieren, denn jetzt ist ja der Unternehmungsgest nicht mehr gekümmert durch die ewige Türkenfurcht.

Ich blieb auf diesem entzückenden Orte, bis es dunkel wurde und

dann allmählig die Stadt zu meinen Füßen sich beleuchtete. Bald schwamm Belgrad in einem Lichtmeer, die Schiffe auf der Save erglänzten im Strahl von tausend Lämpchen und drüben vom Brazar sprühte bis gegen Mitternacht bunt wechselndes Feuerwerk Raketenargen und Sterne zu dem klaren Mondhimmel hinauf. (Presse.)

Der Doppelmord in Ghessea

hält die Gemüther noch immer in Athem und hat namentlich in deutschen Kreisen viel Aufregung und Entrüstung verursacht. Gestern fand die Todtenschau über die Leiche von Hermann Nagel statt. Die gerichtliche Untersuchung hat jedoch das bis jetzt über den beklagenswerthen Vorfalle Veröffentlichte nicht viel ergänzt. Die Hauptzeugen waren die beiden Dirnen, bei denen Hermann Nagel und Paul May wohnten, sowie der herbeigerufene Arzt, Dr. Gubrich. Letzterer befandete, daß nach der Lage des Pistols zu schließen, der Verstorbene zuerst auf May gefeuert und sich dann selber erschossen habe, behielt sich aber sein endgültiges Urtheil bis nach näherer Prüfung der Wunde May's und der Obduktion der Leiche Nagel's vor. Den Aussagen der beiden Mädchen, von denen eine eine Deutsche, Namens Auguste Burge ist, zufolge, machten die Bekanntschaft der jungen Leute am Montag den 12. d. in den Cremorne-Gardens (einem mit dem hiesigen Orpheum analogen Vergnügungsorte), den sie, da sie der englischen Sprache nicht mächtig waren, in Begleitung eines Dolmetschers besuchten. Nagel und May logirten zur Zeit in Kleins Hotel, Kingsburg-Square, hielten aber Tags darauf nebst ihrem Dolmetscher nach dem Hause über, wo die Mädchen logirten. Sie warfen mit vollen Händen Geld um sich und kauften den Mädchen kostbare Geschenke, bis ihre Barschaft, die, wie aus Nagels Brief an seine Geliebte erhellt, bei ihrer Abreise von Berlin sich auf 2000 Thlr. belieferte, zu Ende war. Die Polizei fand in den Börsen der jungen Leute nur die Summe von zwei Schillingen vor. Bemerkenswerth ist die Aussage von Auguste Burge, daß Nagel und May am Tage vor dem Vorfalle in Streit gerieten, woraus man schließen will, daß Nagel aus gehässigen Motiven auf seinen Freund geschossen und dann seinem Leben selber ein Ende gesetzt habe. May schwebt, da die Kugel die Lunge beschädigt hat, in äußerster Gefahr und wird schwerlich am Leben erhalten werden können. Er weigerte sich Anfangs, die Adresse seiner Angehörigen hieselbst anzugeben, verhandelte sich aber schließlich dazu, obwohl er bezweifelte, daß Jemand kommen würde. Gestern erhielt er den Besuch eines deutschen Geistlichen, den zu empfangen er sich lange gestraubt hatte. Die gerichtliche Untersuchung wurde Behufs Vornahme einer Obduktion der Leiche Nagel's vertagt.

* Herr Stratton in Mylestone Dorchester hat ein Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche entdeckt und dasselbe stets mit dem besten Erfolge auf seiner Farm angewandt. Der Prozeß ist folgender: Ein Roth glorfaures Kalt wird in einem Quart Wasser aufgelöst, wozu acht Drachmen Kampferspiritus gethan werden, sobald das Mittel in Anwendung gebracht wird. Theer mit ein wenig Sped aufgeweicht, heilt jedes Uebel an den Beinen. Dieses Verfahren ist drei Tage zu wiederholen. Für Külder und Schafe genügt die halbe Quantität.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. August. Aus dem Programm der Sozialisten, das zunächst für die Wahlen zum Folkething berechnet ist, theilt „Dagbladet“ nachstehende Sätze mit:

„Wir fordern keine Theilung, wir fordern nicht die vollständige Gleichheit aller Menschen, sondern gleiche Möglichkeit des Erwerbs für Alle und wirkliche Gleichheit vor dem Gesetz; wir erklären, daß jeder Mensch seinen Zeitgenossen und der Gesellschaft, in welcher er lebt, Alles schuldig ist, was in seinen Kräften steht. Die Religion ist eine Privatangelegenheit jedes Menschen, ist nicht Sache des Staats. Jeder Arbeiter ist berechtigt, sobald er arbeitsunfähig geworden, vom Staat versorgt zu werden, aber nicht als Armenhändler, sondern als freier Bürger, der das Recht hat auf Verpflegung. Krieg ist ein Wahnsinn und Nationalhaß eine Dummheit!“

Nach diesen allgemeinen Sätzen wird speziell auf die bevorstehenden Wahlen eingegangen. Die Vorkämpfer des Sozialismus erklären, daß sie nicht sofort Alles erreichen, daß sie vielmehr auch mit geringen Erfolgen vor der Hand zufrieden sein wollen und als solches näher liegendes Ziel bezeichnen sie vor Allem die Neuordnung des Unterrichtswesens. Der Unterricht müsse frei und gemeinsam sein; Kinder unvernünftiger Eltern seien auf Staatskosten zu unterrichten. Trennung der Kirche vom Staat verlangen sie, das heißt die Prediger sollen von der Gemeinde gewählt und befolgt werden und die theologische Amtsprüfung sich nur auf die Kenntniß der Bibel beschränken. Das Zivil- und Strafgerichtsverfahren müsse vereinfacht und für Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern besondere Gerichte geschaffen werden. Jedem unschuldig Angeklagten oder Verhafteten ist eine Entschädigung zuzusprechen. Die Verhinderung der Kinderarbeit, die Beschränkung der Frauenarbeit in Fabriken müsse einer gesetzlichen Regelung entgegengeführt werden; über die Ausführung der Gesetze haben vom Staat bestellte Fabrikinspektoren zu wachen, auch über den Zustand des Fabrikwesens Bericht zu erstatten. Fideikomisse und Lehen sind in freies Eigenthum umzuwandeln unter solchen Bestimmungen, welche die Entwicklung einer besser gestellten Hauseigentümmerklasse befördern. Klöster und Legate sind zu zeitgemäßen, gemeinnützigen Zwecken zu verwenden. Alle indirekten Steuern müssen nach und nach aufgehoben, die Gründung von Produktionsvereinen in Stadt und Land unterstützt und alle Staatsarbeit soweit als möglich direkt den Arbeitern überlassen werden. Die Staatspolitik muß eine ausgeprägte Friedensstendenz verfolgen und die Militärdienstzeit ist abzukürzen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. August. Die Pöbel-Exzesse im Thiergarten waren dadurch veranlaßt, daß die Polizei einen heraufstehenden Leibeswächter, welcher in einer Wirthschaft larmte, arretirt hatte. Dieser wurde von dem Pöbel befreit und letzterer griff nun das Polizeigebäude mit Steinwürfen an, erstürmte dasselbe und vernichtete das Inventarium. „Nicht ein Stuhl Pöbel“, schreibt „Aftonbladet“, „blieb unberührt, Bücher und Journale wurden hinausgeworfen, Sophas, Stühle und andere Gegenstände wurden hinausgetragen, um vor dem Hause verbrannt zu werden. Der Telegraphen-Apparat wurde zerstört und die Resttheile desselben als Projektile benutzt. Nachdem der Pöbel von dem schließlich eintreffenden Militär aus einander getrieben und der Tumult damit beendet war, fand man bei Untersuchung der Polizeistation über 400 große Steine auf dem Fußboden des Comptoirs und über 100 Steine in den oberen Räumlichkeiten des Gebäudes liegen. Es hat ein vorläufiges Verhör mit den arretirten Tumultuanten statt gefunden. Der größere Theil derselben besteht aus Soldaten des Garnisonregiments, Handwerksburschen, Knechten und Arbeitsleuten.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. August. Ein Ueberblick über die Bevölkerungsstatistik von St. Petersburg gewährt die interessantesten Thatsachen, wenn man sie vom Gesichtspunkte der Religions-, Sprachen- und Berufsverhältnisse betrachtet. Nach den offiziellen Angaben des hiesigen statistischen Zentralcomitès ist die petersburger Volkszählung nach den Formulare von Berlin, die der Direktor v. Semenoff auf dem statistischen berliner Bureau selbst in Augenschein genommen hat, ausgeführt worden und hat eine Bevölkerung von 667,963 Seelen ergeben, worunter 756 Ansassen des Findelhauses. Betrachtet man diese Bevölkerung vom Gesichtspunkte der Muttersprache, die jedes einzelne Individuum sprach, so zählte man 566,102 Russen, 11,157 Polen, 46,498 Deutsche, 5077 Schweden, 2099 Engländer und Amerikaner, 3104 Franzosen, 16,085 Finnen, 3735 Esten, 1983 Tartaren und Bulgaren. Diejenigen Nationalitäten und Stämme, deren Zahl unter 1000 beträgt, haben wir außer Betracht gelassen. Man sieht, daß nächst dem russischen das deutsche Element in Petersburg am stärksten vertreten ist und es wirkt geradezu komisch, wie die Sprache unter allen Schichten der Bevölkerung vertreten ist. Freilich kann man sehr bald die Beobachtung machen, daß augenblicklich die Russen den Deutschen nicht sehr gewogen sind, trotz der demonstrativen Rundgebungen deutscher Sympathien von Seiten des kaiserlichen Hauses. In diesen Tagen sang in einem öffentlichen Garten eine Sängergesellschaft die bekannte Travestie auf Arndts „Deutsches Vaterland“, die vor dem Kriege in Paris aufkam und seitdem in Vergessenheit gerathen ist. Hier mußte das Lied unter stürmischem Applaus des Publikums 3–4 Mal vorgetragen werden, obgleich die Sängerrinnen das Wort Vaterland ganz falsch aussprachen. Dem Religionsbekenntniß nach befanden sich in Petersburg 557,173 Griechisch-Orthodoxe, 20,882 Römisch-Katholische, 76,831 Protestanten, 6654 Juden, 2071 Muhamedaner. Das protestantische und deutsche Element fallen meist zusammen und beide haben ihre Anschauungen bereits in den Vereinen der Freunde geistlicher Aufklärung geltend gemacht, die in Petersburg und Moskau existiren und viel Boden finden. Betrachtet man die Zahl der Ausländer in Petersburg, so betragen dieselben 21,335 und zwar: 12,718 Angehörige des deutschen Reichs, davon sind 11,019 Preußen und Norddeutsche, 1699 Süddeutsche, 1709 Engländer, 2199 Franzosen, 1079 Oesterreicher, 551 Schweizer, 427 Italiener, 1269 Schweden und Norweger, 469 Dänen, 192 Holländer, 133 Belgier, 96 Amerikaner (Nord und Süd). Den Ständen nach sind die Hauptbestandtheile: 54,398 erblicher Adel, 40,186 persönlicher Adel, 336 Klostergeistlichkeit, 5777 Weltgeistlichkeit, 4130 erbliche Ehrenbürger, 2860 persönliche Ehrenbürger, 22,333 Kaufleute, 123,267 Bürger, 17,678 Handwerker, 32,516 aktive Soldaten, 207,000 Bauern, 100,000 verabschiedete und beurlaubte Soldaten nebst Angehörigen.

Warschau, 27. August. Zu den Mitteln, welche die russische Regierung seit dem Jahre 1863 zur Schwächung des Polenthums und zur Dämpfung des revolutionären Geistes desselben im Königreich Polen systematisch in Anwendung gebracht hat, gehört u. A. auch die Erschwerung und Unterdrückung der höheren

Bildung. Von den zahlreichen höheren Unterrichtsanstalten, welche unter der Verwaltung des Marquis Wielopolski neu errichtet wurden, sind in den letzten drei Jahren 11 Progyrnasien gänzlich aufgehoben und ein Gymnasium (in Vincow) in ein Progyrnasium umgewandelt worden. Die aufgehobenen Progyrnasien erfreuten sich sämmtlich einer sehr zahlreichen Frequenz, welche beweist, wie sehr sie Bedürfnis waren. So zählte das vor einigen Wochen hier in Warschau aufgehobene Progyrnasium, dessen Fonds zur Gründung eines sechsclassigen orthodoxen Mädchen-Gymnasiums in Siedlee verwendet werden sollen, 343 Schüler, von denen 100 auf die Sexta kamen. Nicht zufrieden mit der Verminderung der Zahl der höheren Unterrichtsanstalten hat die Ober-Schulbehörde auf Veranlassung des Ministers der öffentlichen Aufklärung eine Verfügung erlassen, durch welche vom neuen Schuljahr ab die Zahl der Schüler für jede Gymnasial- und Realschulklasse auf 50 beschränkt wird. Bisher war die Zahl der Schüler nur durch die Räumlichkeit der Unterrichtsanstalten beschränkt und manche Klassen zählten deren bis 100. Man kann sich daraus einen Schluß ziehen, wie viele gebildete und wohlhabende Eltern durch die neue Anordnung der Möglichkeit beraubt worden sind, ihren Kindern eine höhere Bildung zu geben. Dies zeigte sich schon in vergangener Woche, wo bei den hiesigen Unterrichtsanstalten die Aufnahme neuer Schüler stattfand und wo Hunderte derselben aus dem Grunde zurückgewiesen wurden, weil die Klassen bereits gefüllt waren. Diefem Uebelstand könnte nur dadurch einigermaßen abgeholfen werden, daß die reicheren Eltern ihre Kinder in ausländische Lehranstalten geben, was aber auch sehr erswer ist. — In Folge starker Wolkensbrüche und anhaltender Regen, welche Mitte d. Mts. in Galizien stattfanden, hat die Weichsel die Niederungen bei Krakau überschwemmt und war hier gestern bis zur Pegelhöhe von 14 Fuß gestiegen, von der diese bis heute schon um 1 Fuß herabgesunken war. Nach den letzten Nachrichten von oberhalb ist ein weiteres Steigen nicht zu erwarten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 19. Aug. Der gestrige „Monitorul“ veröffentlicht die Protokolle über die Verhandlungen betreffend die Auswanderung der Israeliten aus Rumänien. Der Minister des Aeußeren berichtet an den Ministerrath:

Meine H. H. Minister! Hr. Peirotto, Generalkonsul Amerikas, macht mir durch die Note vom 9. Aug. bekannt, daß eine Anzahl Bürger der Vereinigten Amerikas in Berücksichtigung der Lage der Juden im Orient, bezüglich ihrer numerischen Zahl wie ihrer politischen Stellung sich vorgenommen haben, ihre Auswanderung in jene Staaten zu erleichtern, und daß zu diesem Ende die Organisation einer Emigrationsgesellschaft und die Propagierung ihres Zweckes, unter Mithilfe der Philantropen in Europa und der Regierung vorgeschlagen wurde. Hr. Peirotto fügt hinzu, daß er aufgefordert sei, die rumänische Regierung zu befragen, ob sie diesen Vorschlag insoweit als die Israeliten Rumäniens betrifft, begünstigen wolle, und ob man irgend eine Hilfe von den gesegneten Körpern erwarten könne. In Erwartung des Zusammentritts der Kammern, um ihnen den fraglichen Vorschlag vorlegen zu können, bin ich der Ansicht, daß die Regierung dem ihr ausgeprochenen Wunsche nachkommen soll, indem sie, in den Grenzen ihrer Macht, die Auswanderung der Israeliten durch Gratisverabfolgung von Pässen erleichtert. Wenn Sie dieser Ansicht zustimmen, bitte ich Sie mich autorisiren zu wollen, die nöthigen Befehle an die verschiedenen Präfekturen ergehen zu lassen. G. Costa-Fornu.

Der Ministerrath beschloß dann in seiner Sitzung vom 9. August über den Vorschlag des Hrn. Peirotto:

In Berücksichtigung, daß die Regierung dem ausgesprochenen Wunsche diese Auswanderung zu erleichtern, nur in den Grenzen ihrer Macht nachkommen kann, wird beschlossen, bis die gesegneten Körper zusammengetreten sein werden, den unbemittelten Israeliten gratis Pässe zu verabfolgen. Die Verordnungen dieses Protokolls werden von dem Herrn Minister des Aeußeren, nach erhaltener kaiserlicher Genehmigung zur Vollstreckung gebracht werden. L. Catargi. R. Treknulescu. G. Costa-Fornu. General Florescu.

Vorliegender Beschluß des Ministerraths wurde dann dem Fürsten Karl zur Genehmigung unterbreitet und von diesem genehmigt.

13. Kongreß deutscher Volkswirthe.

Dritte Sitzung am 28. August.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand: Banknoten und Papiergeld; der Referent Dr. Wolff (Stettin) beantragt: „Der Kongreß möge der Resolution des Handelstages mit der Maßgabe beitreten, daß 1) die Befugniß der Banken, einberufen und nicht rechtzeitig präsentirte Noten für ungültig zu erklären, ausgeschlossen werde; daß 2) die Bank verpflichtet werde, Falsifikate ihrer Noten einzulösen, falls nicht dem Präsentanten nachgewiesen wird, daß er bei der Annahme die Unechtheit kannte, oder bei gehöriger Sorgfalt hätte erkennen können; daß 3) der durch Metallvorrath nicht gedeckte Notenumlauf entweder einer dem Wechselstempel entsprechenden Steuer unterworfen, oder falls dies unausführbar sein sollte, kontingentirt werde.“ Die Anfrage und was damit zusammenhänge, habe den Kongreß schon sehr oft beschäftigt: In Hannover wurde 1864 der Zwangskurs der Banknoten behandelt. Damit stellte ein Redner die Behauptung auf, daß der Staat im Falle eines Krieges zum Zwangskurs greifen dürfe. Dies habe ihn (Redner) zu der Erwiderung veranlaßt: alle Aufklärung über die Verantwortlichkeit des Zwangskurses werde nicht eher fruchten, als bis wir lieber den Staat untergehen lassen, als dulden, daß er zum Zwangskurs greift.“ Diese Aeußerung habe eine patriotische Aufwallung veranlaßt und sei in der nächsten Sitzung von ihm zurückgenommen, trotzdem aber fort und fort zu Angriffen gegen die Freihandelspartei ausgebeutet worden; so vom Abg. Miquel im Zollparlament und neuerdings in dem Kampfe zwischen „Katheder-Sozialisten“ und „Manchester Schule“. Professor Wagner habe schon zu Hannover die Alternative gestellt, ob, wenn wie im Jahre 1813 die Wahl stünde zwischen Zwangskurs und Fortdauer der Franzosenherrschaft, etwa die letztere vorzuziehen wäre? Die Voraussetzung, daß 1813 bei uns der Zwangskurs der Banknoten bestanden habe, sei falsch, wie eine kgl. Kabinettsordre vom 5. März 1813 ergebe, worin § 1 lautet: „Der Zwangskurs der Tresorscheine wird hiermit vom Tage der Publikation dieser Verordnung an aufgehoben.“ Damals also ist in Preußen genau das Gegentheil von dem geschehen, was Professor Wagner als geschehen annimmt, und der moralische Wuth der damaligen preussischen Regierung stand auf der Höhe jener geklärten wirthschaftlichen Anschauungen, die heute von den Gegnern der Freihandelspartei als staatsgefährliche Doktrinen denunzirt werden. In Preußen ist seitdem von Zwangskurs der Banknoten nicht mehr die Rede gewesen. Soviel zur Abwehr eines unberechtigten Angriffs. Der Redner giebt darauf eine Uebersicht über die Lage der Bankfrage. Die erste der bestehenden Beschwerden richtet sich gegen die übergroße Mannigfaltigkeit des Papiergeldes; die zweite gegen die unübersichtliche Menge desselben, welche schon bei geringen Krisen die Gefahr einer Valutastörung bedinge. Im Jahre 1870 habe nur unser Glück im Kriege eine allgemeine Entwerthung des Papiergeldes ferngehalten. Die Befestigung dieser Mängel wurde früher verhindert durch die Vielheit der Legislaturen und die Verknüpfung der Notenfrage mit der eigentlichen Bankfrage, seitdem habe man Einheit der Gesetzgebung und Lösung der Bankfrage im Sinne der Freiheit. Es bleibt nun die Banknotenfrage bestehen, wobei er voraussetzt, daß alles Staatspapiergeld eingezogen werde. Die allein richtige Lösung scheine in der absoluten Freiheit der Banknoten-Ausgabe zu liegen; nur dann würde die Bedeutung der Banknote klar werden, während jetzt das Privilegium die Noten mit dem falschen Schein bekleidet, eine

(Fortsetzung in der Beilage.)

konnte, dessen Seele, dessen Genie aber nicht erlösen kann, ohne daß die Welt in ihren Grundfesten erzittert, auf Frankreich, welches, wenn wir vereinigt bleiben, wenn wir auf die schmerzlichen Erfahrungen hören wollen, unseren Unglücksfällen zum Trost, die große Nation bleiben wird, der Gott unvergängliche Gesetze vorbehalten hat! Ich würde, meine Herren, gegen die Pflicht der Dankbarkeit handeln, wenn ich den Namen des Vaterlandes nicht den der Staatsgewalten hinzufügen würde, welche ohne Aufhören daran arbeiten, ihm seinen Wohlstand und seine Größe wieder zu geben: den Namen der Nationalversammlung, in welcher das Departement Seine-Inferieure würdige und ausgezeichnete Vertreter zählt, und den Namen des berühmten Patrioten, welcher ein glorreiches Alter opfert, um die Befreiung und Rekonstitution seines Landes zu sichern. Auf Frankreich also, meine Herren, auf seine Regierung, auf den Präsidenten der Republik!

Spanien.

Ein vom föderativ-republikanischen Direktorium erlassenes Manifest lautet folgender Maßen:

Föderirte Republikaner! In zwei Tagen werden die Komitien geöffnet werden. Ihr würdet Eurer Pflicht, Eurer Sache, den von Euch vertheidigten Grundsätzen untreu werden, wenn ihr das Wahlsfeld den Monarchisten überließet. Ueberall, wo Euch der Kampf angeboten wird, müßt Ihr, Euch mit Euren Wahlzetteln oder Euren Waffen zeigen; Kampf ist die Lebensbedingung von Volksparteien; sich zurückziehen, heißt sterben. Jetzt wird Euch die Schlacht auf dem Terrain der Gefelligkeit angeboten. Ihr müßt sie alle annehmen, derjenige, welcher die Ausübung der politischen Rechte verachtet oder verkennt, beweist, daß er sie nicht zu schätzen weiß, und wird dadurch unwürdig sie zu besitzen. Die Zeit ist nicht mehr für Schwankungen und Zweifel gemacht; jeder Republikaner, welche individuellen Meinungen er auch immer haben mag, muß seine Energie dieser Eintracht gegenüber verdoppeln. In der Politik muß die Minderheit verschwinden. Das Prinzip des Zusammenhaltens, ohne welches die Parteien keinen Bestand haben, will, daß die geringere Zahl gehorche und — sich dem Wunsche der Menge unterwerfe. Die Republikaner von Europa schauen auf uns. Sie warten, uns zu beurtheilen, das Resultat unserer Wahlen ab. Dieses Resultat wird ihnen unsere Stärke zeigen und wird sie befähigen, nach ihrem wahren Werthe die Lage der Monarchie zu beurtheilen, und sie zum Verständniß dessen bringen, was die Demokratie morgen sein wird. Die Erfolge neuer Ideen für die Zukunft können nicht durch Worte, noch durch lächerliche Prahlereien, aber durch die großen Manifestationen des sozialen Lebens bewiesen werden. Beweiset es selbst, wie es die Franzosen bewiesen haben, bei denen jeder Wahlkampf eine neue Niederlage der Monarchie ist. Beweiset Euererseits, daß die Zeiten des Triumphes der demokratisch-föderalen Republik gekommen sind. Madrid, 22. Aug. 1872. Das Direktions-Komitee: Francisco Pi-y-Margall, Figueras, Castelar u. A. „Correspondencia“ sagt, die portugiesische Regierung habe den Entschluß gefaßt, diejenigen karlistischen Flüchtlinge, welche das portugiesische Gebiet nicht verlassen wollen, nach der Insel Madeira zu transportiren, da sie nicht, wie andere Nationen diese Flüchtlinge interniren kann.

Italien.

Einem Briefe des römischen Korrespondenten des „N. W. Tagl.“ entnehmen wir die Nachricht, für die wir jedoch diesem Gewährsmann die Verantwortlichkeit überlassen, „es habe nicht nur der Präsident der französischen Republik dem Monsignore Rarbi die bestimmte Erklärung abgegeben, daß Frankreich weder dem h. Vater ein Asyl bieten, noch event. die Abhaltung des Konklaवे zur Papstwahl auf seinem Boden dulden könne, sondern die französische Regierung sei im Begriffe, an das belgische Kabinet eine Note zu richten, des Inhaltes, daß Frankreich es sehr übel aufnehmen würde, wenn Belgien dem Papste Aufenthalt böte, da die Gegenwart Sr. Heiligkeit an den Grenzen Frankreichs die Gemüther in Aufregung bringen und der Regierung eine sehr schwierige Situation bereiten würde. Das aber, fügt der Korrespondent hinzu, geschehe nur aus Beforgniß vor Deutschland und vor der legitimistischen Partei im eigenen Lande, und nicht etwa aus Sympathie für Italien, mit dem man in frostigeren Beziehungen sei, als dies vor drei Monaten noch der Fall gewesen.“

Der Unterrichtsminister Scialoja hatte mit Dekret vom 14. August vier Klosterschulen in Rom zu schließen befohlen, weil dieselben sich nicht der Inspektion der italienischen Schulbehörden unterziehen wollten. Mit Dekret vom 21. August hat Scialoja jenen Befehl wieder zurückgenommen, nachdem der päpstliche Majordomus, der Kardinal-Bischof von Rom, der Kanonikus Deggiobanni, und die Oberin einer jener Schulen ihre vollständige Unterwerfung unter das italienische Gesetz erklärt und jene Widerseßlichkeiten als „Mißverständnisse“ ihrer unerfahrenen Untergebenen entschuldigt hatten.

Der alte Garibaldi spricht sich jetzt für das allgemeine Stimmrecht aus. Er schreibt darüber an einen gewissen Croa in Nizza, wie folgt:

Caprera, 20. August. Mein lieber Croa! Ich glaube, daß das allgemeine Stimmrecht ein äußerst mächtiges Mittel ist, um die Lage unseres Landes zu verbessern. Ricciotti befindet sich in Rom; sagen Sie Ihren Freunden, daß er mich bei den Volksversammlungen im Colosseum vertritt. Sempre vostro Garibaldi.

Großbritannien und Irland.

London, 26. August. Die Ruhe ist in Belfast nicht wieder gestört worden, obwohl man am Sonnabend nicht ohne Beforgniß war, da große unruhige Volksmassen die Straßen füllten. Es kam aber zu keinem Streit und da auch der Sonntag ohne Störung des Friedens vorübergegangen ist, so darf man annehmen, daß für diesmal der Sturm vorbei ist. Eine Anzahl verhafteter Aufwühler sind bereits von dem Polizeigericht zu Gefängnißstrafen von zwei bis sechs Monaten verurtheilt worden; einige werden vor die Assisen gestellt. Die „nationalen“ Journale ergehen sich in Betrachtungen über die belfaster Unruhen und schieben die Schuld daran den Orangisten zu, sie loben jedoch das Verhalten der Orangisten an anderen Orten, wie z. B. in Derry, und mahnen die Katholiken von Ulster diesem Beispiele zu folgen; sie reden überhaupt zur Versöhnung und Verträglichkeit. In Cork hat am Sonntag eine große nationale Demonstration statt gefunden. Ein fenischer Anführer, Bryan Dillon, der im Jahre 1865 zu zehn-jähriger Strafbewehrung verurtheilt, vor zwei Jahren aber entlassen wurde und in Cork gestorben ist, wurde mit großer Feierlichkeit zur Erde bestattet; an dem Leichenzuge beteiligten sich an zehntausend Personen, darunter auch Deputationen von anderen Orten. Sie trugen grüne Abzeichen, aber keine Fahnen oder sonstigen Embleme. Daß am Schluß der Feier auf dem Begräbnißplatze große Unordnung herrschte und auch einige kleine Prügeleien vorkamen, versteht sich von selbst. An verschiedenen kleineren Orten hat das neue Ausschankgesetz zu Ruhestörungen Anlaß gegeben, so am Sonnabend Abend zu Leicester, wo die Polizei große Mühe hatte, die Ruhe wieder herzustellen und zu Erxeter, wo sich der frühere Tumult am Abend und in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wiederholte. Zu Leeds hat gestern eine gewaltige Feuersbrunst die Güterstation der Nordost-Eisenbahn zerstört. Sämmtliche Magazine mit ihrem ganzen Inhalt sind verbrannt und der dadurch verursachte Schaden wird auf 200,000 Pfd. Sterl. geschätzt.

sichere Anweisung auf die darauf gedruckte Summe baaren Geldes zu sein. Der theoretischen Nichtigkeit der Forderung stehe aber die tatsächliche Unmöglichkeit ihrer Durchführung entgegen; es würde die heilloste Verwirrung entstehen, wenn Jedermann beliebig derartige Papiergeld ausgeben dürfte. Auf der andern Seite stünde das absolute Verbot der Ausgabe von Papiergeld; doch würde dann im Fall der Noth auf das besitzte Baubermittel sofort zurückgegriffen werden. Ein solches Verbot würde die legitimen Verkehrsinteressen schwer schädigen, auch nach Durchführung der Geldwährung. Abgesehen von diesen beiden Extremen, beständen nun noch verschiedene Michtungen. Die eine gehe auf Freiheit der Notenmission unter Normativbedingungen; er glaube nicht, daß dadurch die Gefahren der Noten-Entwerthung beseitigt würden; namentlich gelte dies von der Drittelsdeckung, die bei jeder allgemeinen Krisis im Stiche lasse. Die andere Michtung wolle die Gründung neuer Notenbanken abhängig machen von einem Gesetz oder einer Konzession. Das erstere würde die gefestigten Körperlichkeiten forumpiren; das Konzessionswesen sei aus anderen Gründen verwerflich. Eine dritte Michtung, vertreten in den Beschlüssen des zu Leipzig gehaltenen letzten deutschen Handelstages, wolle eine Zentralbank mit dem ausschließlichen Recht zur Notenausgabe unter Konfervierung bestehender Privilegien. Die Gefahr einer Notenvermehrung werde durch die Zentralisation der Notenausgabe nicht vermindert; die großen Staatsbanken hätten gerade am meisten gefündigt und Falschmünzerei sei am meisten für Staatsrechnung betrieben worden. Könne man nun annehmen, daß der Staat oder eine vom Staat geleitete Zentralbank unter dem Drucke der Verhältnisse niemals wieder zum Zwangskurs zurückgreife? Er glaube, daß diese Besorgnis bisher wenigstens noch nicht geschwunden sei und zum mindesten also gewisse Kautelen nöthig mache; der deutsche Handelstag sei in seinen Forderungen nicht weit genug gegangen; er (Kedner) habe in seinem Antrage eine Verbotstündung derselben versucht. Zunächst dürfe eine Ungültigkeitserklärung verfallener Noten nicht mehr stattfinden, da eine solche sich von der Aneignung fremden Eigentums wenig unterscheide. Ebenso ungerechtfertigt sei das Verfahren mit Noten, die als Falsifikate bezeichnet würden; ganz abgesehen davon, daß die Bank dolosser Weise eine Note als Falsifikat bezeichnen lassen könne, sei es in vielen Fällen selbst für die gewiegtesten Beamten unmöglich, falsche und richtige Noten zu unterscheiden. Dem Publikum könne so etwas folglich nicht zugemutet werden. Nur der Richter dürfe hier die Entscheidung haben, nicht der Beamte der Bank, und ließe sich dabei auf die Urtheilskraft des Vorzeigers der Note stützen und in den Händen des Banquiers ein Falsifikat für ungültig erklären, während die Bank der Höckerin oder dem Arbeiter Ersatz zu leisten angehalten werde. Würden die Kautelen eingeführt, so würden die kleinen Noten wohl bald von selbst verschwinden. Doch dies sei noch nicht genug. Das Privilegium der Steuerfreiheit der Banknoten müsse fallen; zum mindesten müßten die ungedeckten so lange befreit werden, als der Wechselstempel bestesse. Doch sei eine solche Besteuerung vielleicht nicht durchführbar, indem die Privilegien der vorhandenen Banken derselben entgegenstünden, außerdem auch wohl technisch schwierig wegen der Schwierigkeit, den Betrag der ungedeckten Noten in jedem Augenblick festzustellen. Doch halte er diese Kautelen immer noch für besser, als die der Kontingenzierung, weil die letztere nicht zu der doch dringend wünschenswerthen Verminderung des Papiergeldes führe. Eventuell jedoch müsse bei etwaiger Undurchführbarkeit der vorgeschlagenen Kautelen zur Kontingenzierung geschritten werden, wie unpöplisch diese auch beim Handelsstande sei, der sich ja bekanntlich über den „billigen Kredit“ freute, den die Preussische Bank vermöge ihres Rechtes zur unbefristeten Notenmission gewähren könne. Und doch führe dieser Bankkredit zu Wechselreitereien der schlimmsten Art; und dieser Fluch dürfe nicht auf die neu zu gründende deutsche Zentralbank übertragen werden. Herr Eggers (Bremen) stütze auf dem Standpunkt voller Metalldeckung aller Banknoten, unterschreibe im Allgemeinen die Ausführungen des Vorredners und sucht dieselben durch eine eingehende Betrachtung über die Funktionen des Geldes tiefer zu begründen. Kedner will die Banknoten dadurch beschränken, daß er die Zahlung in solchen nach und nach in den verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes, darauf im Kleinverkehr und endlich im Großverkehr verbieten will. Kedner schließt, indem er empfiehlt, der Kongreß wolle erklären, daß der durch Metallvorrath nicht gedeckte Notenvorrath von Jahr zu Jahr mehr beschränkt werde, bis volle Metalldeckung erreicht ist. — Dr. Dorn (Trier) knüpft an den Prinzipienstreit aus dem vorigjährigen Kongresse an, wo die eine Partei sich für das Monopol einer Zentralbank, die andere Partei — für welche der Redner eintritt — für gesetzlich normirte Bankfreiheit ausgesprochen habe, namentlich auch weil dieselbe eine Konsequenz des allgemeinen Standpunkts wirtschaftlicher Freiheit sei, den der Kongreß einnehme. Er sei aus einem Lande, wo seit langen Jahren der einzige Notenausgeber vollständig in Händen des Staates sei; gegen den Zwangskurs sichere niemals eine Zentralbank, nur die freie Konkurrenz der verschiedenen Banken, welche unter zweckmäßigen Normativbedingungen zu stellen sei. Zu diesen rechne er die Drittelsdeckung nun keineswegs, so daß Dr. Wolff sich die Kritik dieser Bedingung hätte sparen können. Seinen aus dem vorigjährigen Kongresse in Gemeinschaft mit den Hrn. Böhmert, Gensel und Lammer gestellten Antrag wieder aufnehmend, empfiehlt er die Annahme folgender Resolution: „1) Das Recht der Ausgabe von Banknoten ist nur von der Erfüllung allgemeiner Normativbedingungen abhängig zu machen, 2) diese Normativbedingungen haben hauptsächlich den Zweck zu verfolgen, daß die unbedingte und sofortige Einlösbarkeit der Noten und die Möglichkeit fortwährender Kenntnisaufnahme von der Geschäftslage der Banken sichergestellt werde.“ Die letztere Bedingung lasse sich am besten realisiren durch öffentliche Anhänge im Banklokal und an der Börse. Die Normativbedingungen näher zu spezialisiren sei nicht Sache des Kongresses; derselbe habe das Prinzip hinzustellen und aus Opportunitätsrücksichten niemals von dem Grundsatz der Handels- und Verkehrsfreiheit abzuweichen; höchstens dürfe er sich für mäßige Uebergangsbestimmungen aussprechen. — Herr Seyffardt (Erfeld): Der Kongreß thue wohl, in der Baufrage einen praktischen Standpunkt einzunehmen. Die ideale Banknote, wie wir wohl sagen können, existire nicht in dem Bewußtsein der Empfänger und Inhaber; das Kreditverhältnis sei verwischt; die Vorstellung, es mit Papiergeld zu thun zu haben, herrsche vor. Er könne nur Privatleuten das Recht Papiergeld zu emittiren nicht zugestehen, und sei daher prinzipiell gegen die Form der Banknote und für die Ausgabe von Staats-Papiergeld, nach welchem das Bedürfnis fortbestehen werde, auch wenn die Geldwährung durchgeführt sei. Die Klausel in den Beschlüssen des Handelstages, daß keine Banknote unter 100 Mark betragen dürfe, sei weiter der stillschweigenden Voraussetzung zu Grunde gekommen, daß das deutsche Reich unter Einziehung des Papiergeldes der einzelnen Staaten für die Ausgabe von Reichspapiergeld sorgen werde; neben diesem erscheine die Ausgabe von Banknoten unnöthig. Dies der theoretische Standpunkt; praktisch sei bei uns in Deutschland der Verkehr weit enger mit der Banknote verknüpft als in irgend einem anderen Staate; und um dieser historischen Berechtigung willen werde die Banknote beibehalten, aber auf Beschränkung der Notenausgabe hingewirkt werden müssen. Die Entwicklung der preussischen Bank sei außerordentlich glücklich und segensreich gewesen und habe in allen Landestheilen Handel und Industrie mächtig gefördert, wofür sich auch die Sympathie des deutschen Handelstages für dieselbe erkläre. Namentlich dankte man ihr in einigen Gegenden die Beseitigung der Vielheit der Noten, während in anderen fremde Banknoten zuführe. Der Redner legt eine Sammlung von Werthezeichen aus den kleineren Staaten und Noten vor, die er im Laufe der letzten vier Wochen in Zahlung empfangen habe. (Die betreffende ellenlange Musterkarte erregt große Heiterkeit.) Das Votum des deutschen Handelstages empfehle sich für den Kongreß zur Unterstützung; dasselbe sei zu Gunsten der Reichsbank mit 58 gegen 25 Stimmen abgegeben worden; die letzteren zum Theil aus partikularistischer Abneigung gegen eine derartige Zentralisation entstammend. Der Kongreß müsse aber auch ein Sicherheitsventil beliben, welches an der künftigen Reichsbank anbringen sei, die Kontingenzierung; ohne eine solche dürfe er sich für das Votum des Handelstages nicht interessieren, von dem diese Klausel nur mit 45 gegen 38 Stimmen abgelehnt worden sei. Er empfehle die Resolution des Referenten mit

der Abänderung anzunehmen, den dritten Absatz durch die Worte zu ersetzen: „der durch Metallvorrath nicht gedeckte Notenumlauf kontinuierlich werde.“ — Dr. Gensel (Leipzig): Der Kongreß dürfe nicht so ohne Weiteres vor den angeblichen Forderungen der Praxis die Segel streichen; in der Frage der Aufhebung der Schuldhaft z. B. würde das so einflussreiche Votum des Kongresses auch anders ausgefallen sein, wenn er auf die Stimmung der „Praktiker“ gehört hätte. In der Banknotenfrage sei nun zudem der deutsche Handelsstand durchaus nicht einig; zahlreiche Handelsstände hätten sich für die Bankfreiheit ausgesprochen, nämlich derjenigen, welche die Segnungen derselben einigermaßen kennen gelernt hätten. Der Referent Dr. Wolff habe sich auf dem vorigjährigen Kongresse selber für die Notenfreiheit erklärt, falls nur der Staat bei seinen Kassen keine Banknoten in Zahlung annehme. Das mit Recht getadelte Vorurtheil des Publikums, Banknoten seien Geld, würde durch die Ausschließlichkeit des Privilegiums der Notenausgabe eine Zentralbank gewiß nur verstärkt werden. Die Gefahr einer Notenentwerthung werde durch die Noten-Emission der kleineren Banken nicht gefährdet. Hätte Bankfreiheit geherrscht in Sondershausen, Meiningen, Weimar und anderen kleinen Residenzen, wären jene Notenbanken nicht entstanden, welche wesentlich im Auslande ihr Arbeitsfeld haben. Die Sicherung des Publikums könne durch Normativbedingungen erzielt werden, die bei den genannten kleinen Banken nicht durchgeführt worden seien. In Leipzig sei ihnen eine Einlösungsfrist von 72 Stunden konzedirt worden, zu lang als daß sie nicht durch allerlei Manipulationen mit Wechseln Einlösungsmittel beschaffen könnten, falls solche fehlen sollten. Es müsse die Pflicht zur sofortigen Einlösung der präsentirten Noten ausgesprochen werden. Außerdem sei die vollste Publizität für den Bankstatus zu fordern, damit das Publikum die Verwaltung der Bank kontrolliren könne und so eine leichtfertige Notenausgabe verhütet werde. Der kleine Verkehr würde das Verbot, Noten unter 100 Mark auszugeben, von der jetzigen Ueberschwemmung mit kleinen papiernen Werthezeichen befreit werden. Der Redner fordert den Kongreß auf, sich in Konsequenz seiner früheren Beschlüsse für die Freiheit zu erklären; dafür daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, würden schon Andere sorgen. (Beifall.) — Dr. Wolff rechtfertigt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Vorwurf, seine Ansichten seit dem letzten Kongreß geändert zu haben; er sei heut wie damals für vollste Banknotenfreiheit oder, wenn diese praktisch nicht durchführbar sei, für eine Zentralbank. Dr. Alexander Meyer (Berlin): Freiheit und Monopol, Zentralisation und Dezentralisation, Selbstverantwortung und Bevormundung seien klingende Schlagwörter, keine Prinzipien; leitend sei allein der allgemeine Nutzen. Werde diesem durch ein Monopol gebiet, so könne der Kongreß sich auch für das Monopol erklären. Wer Notenfreiheit der Banken verlange, der verlange ja auch ein Monopol; denn Papier mit einer Zahlungsverpflichtung beschreiben könne Jeder, nur nehme das freilich der Bauer nicht, selbst gedruckte Zettel ohne Weiteres nicht, vielleicht aber doch mit Arabesken, Pferdeköpfen, Engeln u. s. f. bedruckte, schon ausgestattete Anweisungen mit Namensunterschrift. Von einer Banknote sei denn noch immer ein kleiner Unterschied, denn eine solche Anweisung müsse mit persönlicher Unterschrift versehen sein, auf eine bestimmte Person lauten, und sei stempelpflichtig. Das Verbot der Blankopapiere beruhe auf juristisch-technischen Erwägungen, könne also jeden Augenblick beseitigt werden. Die Beschaffung einer Person, auf dessen Namen die Note ausgestellt und von dem sie in Blanko girrt werde, koste so wenig, daß sie kein Hinderniß bilden könne. Die Zulässigkeit einer Klage auf Grund lithographirter Unterschrift ist nur durch Spezialbestimmungen zu beschaffen, welche die Wege des gemeinen Rechts verließen und zum Mangel führten. Die Forderung der Stempelfreiheit vollends sei, so lange überhaupt Stempelsteuern beständen, erst recht das Verlangen nach einem Monopol. Die Vortheile der sogenannten Banknotenfreiheit wären im übrigen von Privaten und Aktiengesellschaften heute schon ohne viel Schwierigkeiten und Kosten zu erreichen. Warum sucht sie Niemand, als weil das Brimborium der öffentlichen Anerkennung fehlt, die der Note einer konzessionirten Bank Umlauf verschaffe. Dieses Privilegium der Notenbanken ließe also gerade im Widerspruch mit der Freiheit der Notenmission. Die Staatskassen sollten nur die Noten einer einzigen vom Staate autorisirten Bank annehmen, andere Werthezeichen nicht. Er sei früher auch für Normativbestimmungen gewesen und habe sich mit der Ausarbeitung solcher beschäftigt, schließlich habe sich aber aus der gemeinsamen Arbeit beim Werk ergeben, was in seiner Gesamtheit jeder Einzelne aufs tiefste verabscheute habe. Die Emission von Banknoten sei zu dem mit der Form der Aktiengesellschaft unvereinbar, da die Aktionäre ja nicht verantwortlich seien für die Handlungen der Gesellschaft und nur das Stammkapital der Gesellschaft habe für die Einlösung der Noten. Er empfehle die den praktischen Bedürfnissen des Tages entsprechenden Beschlüsse des Handelstages zur Annahme. — Professor Böhmert (Jülich): Der eminente wirtschaftliche Nutzen der Banknote dürfe nicht negirt werden durch eine prinzipielle Erklärung, wie sie Herr Seyffardt erst ausgesprochen habe. Die gegenwärtigen Mängel seien durch den Mangel an Freiheit geschaffen worden, der viele Beamten in eine ungeheure Richtung getrieben habe. Die Normativbestimmungen verhielten die Gefahren des Zwangskurses, welche hinter jeder Zentralbank lauerten. Die Beheerung des Verkehrs von Seiten des Staates sei durch den Kongreß entgegengetreten. Die Schweiz sei 1870 allein durch den Mangel einer Zentralbank vor einer Notenkrisis bewahrt worden; jede einzelne Bank habe sich bemüht, mit schweren Opfern baares Geld zu beschaffen; eine Zentralbank hätte unschlagbar die Proklamirung des Zwangskurses nach sich gezogen, welche außer dem im Kanton Bern bereits vorläufigen Stillstand der Wechselkassen, gerade der Schweizer Kaufmannsstand verlangte. Der Kaufmannsstand dürfe nicht allein das Wort in dieser Frage haben; der Gewerbe- und Landmannsstand müsse auch gehört werden. Der Kongreß habe die Zukunft des gesamten Vaterlandes im Auge zu behalten; eine einzige verlorene Schlacht aber und bei einer monopolisirten Zentralbank ist die Notenkrisis da. Aber auch alle wirtschaftlichen Krisen würden durch ein solches Zentral-Institut verschärft. In der Beziehung sei er Partikularist, er wünsche nicht, daß eine Zentralgewalt den Verkehr beherrsche. — Bankdr. Schottler (Danzig) macht darauf aufmerksam, wie wankelmüthig der Handelsstand in seinen Anschauungen über das Bankwesen bisher gewesen. Auf dringendes Verlangen des Handelsstandes sei vom Minister v. d. Heydt für jede preussische Provinz eine Privatbanknote konzessionirt worden, die sich trotz aller Einschränkungen lebensfähig erhalten habe. Die Popularität der preussischen Bank datire erst seit dem Jahre 1866; das moralische Vertrauen, welches sie genießt, stieße aus dem Vertrauen des Volkes zum Staate. Absolute Sicherheit würde nur durch volle Metalldeckung erzielt; Zweidritteldeckung gewähre dieselbe ebenförmig wie Ein Dritteldeckung. Das Notenmonopol einer Zentralbank gebe den Kredit des ganzen Landes in eine Hand; wer dort nicht Kredit bekomme, sei geachtet. Ein solcher Zustand sei bei der Vielheit der Banken nicht möglich, wo statt der Staatsbeamten Kaufleute die Kreditfähigkeit abmessen. Statt des Notenkredits wäre indeffen von den Banken vielmehr der Depositenkredit zu kultiviren; die Danziger Bank habe jetzt 1,600,000 Thlr. Depositen und habe dadurch ihren Verkehr verdoppelt. Was die Furcht vor Krisen betreffe, so theile er dieselbe nicht; die Krisen führten ungeheure Zustände zur Gesundheit zurück. Banknoten drucken zu lassen, sei freilich billiger, als Depositen durch Zinszahlung herauszulösen. Im Uebrigen sei keine einzige deutsche Bank ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Nur mit und neben dem Notenverkehr könne der Depositenverkehr gedeihen. Die Gleichmäßigkeit des Zinsfußes im ganzen Lande, den man von einer Zentralbank erwarte, habe er für keinen Vortheil. Der Vorwurf übrigens, daß die Preussische Bank die Wechselreiterei begünstige, sei unbegründet. Die Bekämpfung der Banknoten halte er für keine glückliche Idee. Die Annahme der Privatbanknoten im Verkehr beruhe nicht auf dem „Brimborium der staatlichen Anerkennung“. Die Ansichten des Kaufmannsstandes wechselten, möge der Volkswirth sich überlegen, ob sein Votum mit seinem volkswirtschaftlichen Gewissen in Einklang stehe. Dr. Kneisch (Dresden): Die Ausführungen, welche die Nothwendigkeit der Banknoten ins Licht zu setzen suchten, träfen alle Banknoten, die der Reichsbank ebenso wie die der Privatbanken. Es sei eine wirtschaftliche Nothwendigkeit, Banknoten zu haben. In Deutschland zir-

kulirten 700 Millionen Thlr. baares Geld; im Geschäft würde das Zehnfache umgeschlagen. Der Bedarf nach Münze wechselte aber an den einzelnen Plätzen zu verschiedenen Zeiten je nach den Konjunkturen. Der Transport der baaren Umlaufsmittel von den Stellen des geringen nach denen des größeren Bedarfs sei unmöglich. Der Verkehr brauche also Mittel, welche die klingende Münze vertreten und der Wechsel sei doch unbedeutend zur Vermittelung der täglichen Zahlungen; er werde im Verkehr durch die Banknoten vertreten. Wer soll nun die Banknoten ausgeben: der Staat, eine Reichsbank, eine Vielheit von Banken? Staat und Reichsbank seien nie in der Lage, mit Schärfe zu bestimmen, auf welchem Theile des Verkehrsgebietes eine Vermehrung der Banknoten notwendig ist. Die Konjunkturen des Verkehrs in den einzelnen Ländern des Reichs ließen sich von einem Zentrumpunkte aus nicht übersehen; das richtige Urtheil sei nur an Ort und Stelle möglich nach dem Maße der zur Disposition gelangenden Wechsel. Die Noten einer solchen Bank hätten ihren ganz bestimmten Wirkungskreis, worüber nur einzelne hinausirren, kleinere Notenbanken würden der Reichsbank eine heilsame Konkurrenz machen. Die Schaffung einer Reichsbank sei eine Frage, die mit der Politik eng zusammenhänge, könne aber eben da sehr gefährlich werden, wenn einmal wieder eine Konfliktzeit komme. Der Staat sei nicht geeignet Industrie zu treiben, mit am schwierigsten sei es, Kreditgeschäfte zu leiten. Die Kautelen, die der Referent fordere, entsprächen nicht den Ansprüchen, die man an solche Kautelen mache. Die Pflicht der Bank, Falsifikate einzulösen, würde beim Publikum das heilsame Mißtrauen gegen die Banknoten abschwächen und die Notenzirkulation noch mehr anschwellen lassen, da die Noten dann noch leichter als jetzt genommen werden; eine solche Pflicht zu statuiren, erscheine auch juristisch unzulässig. Das Kontingenziren stimmt nicht zu der Aufgabe der Noten, die Differenzen im Bankvorrath von Ort zu Ort auszugleichen; auch stieße denen das Privilegium einzelner Banken zum Theil bis 1930 entgegen. Es empfehle sich für den Kongreß, einfach die Bankfreiheit im Prinzip festzuhalten und als Normativbedingungen sofortige Einlösbarkeit und Publizität des Status zu fordern. Die Debatte wird geschlossen. Dr. Wolff (als Referent): Die Zentralisation des Banknotenwesens in England habe keine der nachtheiligen Folgen gehabt, die man hier als Schreckgespenst heraufbeschworen habe, und diese Entwicklung habe den Freunden der Reichsbanktheorie vorgezeichnet. Unsere Privat-Notenbanken brachten ihre Noten oft nur durch höchst seltsame Manipulation unter. Die Gefahr des Zwangskurses sei bei einer Zentralbank nicht ausgeschlossen, nach seiner Ansicht jedoch geringer als bei einer Vielheit der Notenbanken. Das Ansehen des Kongresses würde nicht leiden, wenn derselbe sich unter den von ihm (Referenten) empfohlenen Modifikationen den Beschlüssen des deutschen Handelstages anschloße.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge abgelehnt; es ist also in der Bankfrage kein Beschluß des Kongresses zu Stande gekommen. In die ständige Deputation des Kongresses sind bei Abgabe von 60 gültigen Stimmen gewählt worden die Herren Dr. Braun (Berlin), Professor Böhmert (Jülich), Prince-Smith (Berlin), Richter (Danzig), Dr. Wolff (Stettin), Dorn (Trier), Senator Brehmer (Rübel), Dr. A. Meyer (Berlin) und Lammer (Bremen).

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. August.

— Am heutigen Tage läuft die Frist ab, binnen welcher den in Schrimm noch zurückgebliebenen Jesuiten aufgegeben worden ist, zu erklären, wo sie fortan ihren Aufenthalt zu nehmen gedenken.

— Die acht Schulkonferenzen für den Reg.-Bez. Posen werden muthmaßlich vom 1. Oktober d. J. ab in Funktion treten. Bis jetzt sind diejenigen Schulmänner, welche die hiesige königl. Regierung als Schulkonferenzen in Aussicht genommen hat, dem Herrn Kultusminister noch nicht in Vorschlag gebracht worden, doch ist die Bestätigung derselben wohl zu erwarten.

— In Dstrowo hat, wie eine hiesige polnische Zeitung mittheilt, der Magistrat den Bistinnenonnen die Erlaubniß zur Eröffnung einer Mädchenschule verweigert.

Wie der „Dienst Bozn.“ mittheilt, ist die Schule der Barmherzigen Schwestern im alten Philippiner-Kloster auf der Schroda vor einigen Tagen polizeilich geschlossen worden.

— Höherer Anordnung zufolge ist Seitens der Spezialregierungen an die städtischen Polizeibehörden die Weisung ergangen, sämtliche ständige oder in häufigeren Zwischenräumen benutzten Theaterlokale und sonstige Baulichkeiten, in welchen Schaustellungen stattfinden, in Beziehung auf deren Bau und Feuerficherheit einer genauen Revision zu unterziehen. Die Revision soll sich dabei zunächst auf die Prüfung der Standfähigkeit der Unterbauten, der erhöhten Zuschauerreihen und dann auf die Prüfung der Feuerficherheit der Heizungseinrichtungen, sowie auf die Erwirkung möglichst ungefährlicher Einrichtung und Anbringung der Beleuchtungsapparate erstrecken. Außerdem soll bei dieser Revision das Augenmerk auch darauf gerichtet werden, ob die Ausgangsthüren in entsprechender Anzahl vorhanden und so eingerichtet sind, daß bei eintretenden Unglücksfällen eine schnelle Entfernung des Publikums ermöglicht wird. (D. R. R.)

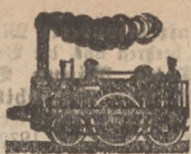
— Die diesjährige Kongregation der Dekane aus den Archidjocesen Posen und Gnesen begann am Mittwoch im erzbischöflichen Palais. Zuvor hatten die Mitglieder beider Kapitel und die Dekane sich an der Thür des Domes aufgestellt und geleiteten den Erzbischof in einer Prozession zum Hofaltar, wo derselbe eine Messe abhielt.

— Die Droßkentenmacher sind mit der, ihnen von den Fuhrherrschaften bewilligten Lohnerhöhung von monatlich 2 Thlr. nicht zufrieden, und haben zum 1. September einen Streik in Aussicht gestellt. Es ist ihnen jedoch seitens des Polizeidirektoriums bedeutet worden, daß sie zunächst, wie jeder andere Dienstbote den kontraktlichen Verpflichtungen ihres Dienstverhältnisses bei Vermeidung polizeilicher Zwangsmaßregeln nachzukommen; und vorher den Dienst rechtzeitig zu kündigen hätten, wenn sie mit dem einmal ausbedungenen Lohne nicht zufrieden wären; sollten sie trotzdem am 1. September die Fuhrten einstellen wollen, so würden sie die weiteren polizeilichen Maßnahmen zu erwarten haben.

— Von den hiesigen Droßkentenbesitzern hat bereits einer, Herr W. Startowski, welcher zugleich die Omnibusverbindung zwischen Bahnhof und Stadt unterhält, seinen Kutschern einen monatlichen Lohn von 15 Thlr. seit zwei Monaten bewilligt.

— Die Al. Ritterstraße ist, wie bereits mitgetheilt, für Fuhrwerke polizeilich gesperrt worden, da sie zwischen dem städtischen Schulhaufe und dem Dr. Kojutskischen Neubau gegenwärtig wegen des vor dem letzteren aufgestellten Baumastes so eng ist, daß Personen dieselbe gleichzeitig mit Fuhrwerk nicht ohne Gefahr passieren können. Wie notwendig diese Anordnung gewesen ist, geht aus einem Unfälle hervor, welcher dort am Dienstage passirte: ein fünfjähriges Kind wurde an der engsten Stelle der Straße durch ein mit Baumkaut beladenes Fuhrwerk am Fuße verlegt, trotzdem es, um dem Wagen auszuweichen, seitwärts dicht an das alte Schulgebäude herantreten war. Vorläufig wird, wie verlautet, der Magistrat für die notwendige sichere Passage der Fußgänger den Durchgang durch den Schulhof gestatten; der Abbruch des Schulhauses dagegen wird muthmaßlich erst zu Oftern nächsten Jahres erfolgen.

— Dr. Raf. Zule, vormaliger Redakteur der selig entschlafenen „Gazeta Wielkopolska“ ist wegen einer in derselben enthaltenen Korrespondenz aus Deutsch-Piesky (Oberschlesien) auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches zu 10 Thlr. Strafe resp. drei Tagen Gefängniß verurtheilt worden.



Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Die Ausführung der Maurer- und Zimmerarbeiten zum Bau eines dreifachen Güterschuppens auf hiesigem Central-Bahnhofe soll im Wege der Submission vergeben werden.

Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Offerte auf Maurer- resp. Zimmerarbeiten zum 3. Güterschuppen auf Centralbahnhof Posen“

bis zum

5. September d. J.

Vormittags 11 Uhr

in dem hiesigen Abtheilungs-Bureau, Baderstraße 13a. einzureichen, woselbst dieselben zur gedachten Stunde in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Zeichnungen und Bedingungen liegen in genanntem Bureau zur Einsicht aus.

Posen, den 26. August 1872.

Der Königl. Eisenbahn-Baumeister

Müller.

Die Substation des dem Simon Stora gehörigen Grundstücks Gutschow Nr. 3A, ist wieder aufgehoben.

Posen, den 26. August 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substitutions-Richter.

Nothwendiger Verkauf

Das in der Stadt Kottbus, Schroder Kreisess belegene, im Hypothekenbuche derselben unter Nr. 141 eingetragene, dem Kaufmann Schie Brasch zu Schwerin, früher dem Ruchner Valentin Wilkowsky gehörige Grundstück, dessen Besitztum auf den Namen des Genannten berichtigt steht und welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 21 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Realisation

den 17. Oktober d. J.

Nachmittags um 3 Uhr im Lokale der Gerichtsstelle-Kommission zu Kottbus veräußert werden.

Schroda, den 26. Juli 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substitutionsrichter

Submission.

Die Herstellung eines Anbaues an das Reinigungsbaus der Gasanstalt soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Bedingungen, Zeichnung und Anschlag liegen im Bureau der Gasanstalt aus.

Offerten sind bis

Sonnabend den 31. August c.

Morgens 9 Uhr

im Bureau der Gasanstalt einzureichen.

Posen, den 28. August 1872.

Die Direction der Gasanstalt.

Auf dem Bauplatz für das neue Kreisgerichtsgefängnis, Einfahrt der Magazin- und Mühlenstraße kann Erde und Bauschutt abgeladen werden.

Näheres auf dem Platz zu erfragen beim Aufseher Nedzch.

Posen, den 28. August 1872.

Der Bau-Inspector.

Petersen.

Auction

verfallener Pfänder.

Mittwoch, den 4. und Donnerstag, den 5. Sept. werde

Vormittags von 9 Uhr ab im Auktionslokale Magazin-

straße Nr. 1, verschiedene, in der Mondre'schen Leihanstalt

verfallene Pfänder, als Klei-

dungsstücke, Wäsche, Schuhe,

Stiefel, Messing-Gegenstände,

Uhren, Gold- und Silberge-

genstände u. öffentlich meist-

bietend versteigern.

Rychlewski,

Königl. Auktions-Kommissarius.

Eine Pachtung mit guten Boden- u.

Gebäudeverhältnissen, zu deren Ueber-

nahme 15 Mille gehören, wird gesucht.

Offerten mit Beschreibungen und Be-

dingungen erbeten sub **L. E. R.**

1050 poste-rest. Frankfurt a. O.

Dominium Borowo bei

Gempin verkauft zur Saat:

Frankensteiner und Blumen-

Weizen pro 84 Pfund 7 1/2 Sgr.

über höchsten Posener Marktpreis.

Schrimm, den 20. März 1872.

Bekanntmachung.

Bei der heutigen Verlosung der Schrimmer Kreis-Obligationen (sind folgende Nummern gezogen:

Litt. A. No. 6. 188.

Litt. B. No. 109. 204. 382. 507. 517. 536. 595. 612. 821. 877. 889.

Litt. C. No. 222. 268. 269. 275. 295. 297. 300. 304. 311. 374. 442. 447.

503. 532. 544. 553. 585. 586. 648. 649. 664. 665. 690. 710.

717. 762. 774. 775. 804. 806. 813. 837. 838. 839. 929. 941.

966. 997. 1001. 1003. 1107. 1113. 1127. 1128. 1129. 1139.

1142. 1153. 1154. 1155. 1160. 1162. 1165. 1203. 1207. 1210.

1218. 1242. 1262. 1412. 1415. 1430. 1513. 1540. 1734.

Litt. F. No. 5. 9. 10.

Den Besitzern dieser Obligationen werden dieselben hiermit zum 1. Oktober 1872 mit der Aufforderung gefündigt, den Kapitalbetrag gegen Rückgabe der Obligationen in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zins-Coupons Lit. IV. No. 9/10 und Talons und von Lit. F. die Coupons No. 5/10 und Talons an dem gedachten Kündigungstage bei der Kreis-Kommunalkasse in Schrimm oder bei den Bankhäusern G. C. Plaut zu Berlin und Leipzig, Gebrüder W. & S. Mammoth zu Posen und Girschfeld & Wolff zu Posen in Empfang zu nehmen.

Gleichzeitig wird erinnert, die aus früheren Ziehungen noch nicht zurückgelieferten Obligationen gegen Erhebung der Valuta zurückzugeben und zwar:

15. Ziehung die Obligation C. No. 382. 1254 mit Coupons 3/10 und Talons.

16. Ziehung die Obligation B. No. 320. 538 mit Coupons 5/10 und Talons.

16. Ziehung die Obligation C. No. 262. 293. 308. 373. 469. 907. 1049.

1052. 1065. 1141. 1285. 1536 mit Cou-

pons 7/10 und Talons.

17. Ziehung die Obligation B. No. 181. 587 mit Coupon 7/10 und Talons.

17. Ziehung die Obligation C. No. 273. 301. 466. 526. 788. 790. 792. 814.

820. 825. 861. 873. 949. 972. 984. 1047.

1092. 1182. 1253. 1345. 1411. 1418.

1507. 1530. 1541. 1791 mit Coupons

7/10 und Talons.

Die Finanz-Kommission.



Oberschlesische und Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Einlösung der am 1. Oktober c. fälligen Zinscoupons zu den Prioritäts-Obligationen

Litt. E. und F. der Oberschlesischen und I., II. und III. Emis-

sion der Stargard-Posener Eisenbahn

findet statt in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr mit Ausnahme der

Sonn- und Feiertage

1) in Breslau und Ratibor bei unseren Hauptkassen vom 20. Sep-

tember c. ab täglich, und

2) vom 1. bis 15. Oktober c.

a. in Berlin bei der Kasse der Disconto-Gesellschaft,

b. in Stettin bei dem Bankhause S. Abel jun.,

c. in Dresden bei dem Bankhause Gebrüder Guttentag,

d. in Leipzig bei dem Bankhause Frege & Comp.,

e. in Hannover bei der Prov.-Disconto-Gesellschaft Hannover,

M. J. Frensdorff,

f. in Hamburg bei der Norddeutschen Bank,

g. in Bremen bei dem Bankhause J. Schultze & Wolde,

h. in Köln a. Rh. bei dem A. Schaathausen'schen Bankverein,

i. in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause M. A. v. Rothschild

& Söhne,

k. in Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie,

l. in Stuttgart bei den Herren Pfau & Comp. und

m. in München bei der Bayerischen Vereinsbank.

Die Zinscoupons sind mit einem vom Präsentanten oder Besitzer unterschriebenen, nach Kategorien der Obligationen geordneten, die Städ- und den Gelbbetrag angegebenden Verzeichnisse zur Realisation zu bringen.

Die Einlösung der bereits früher fällig gewordenen, aber noch nicht ver-

allenen Zinscoupons erfolgt nur bei unserer Hauptkasse hieselbst.

Schriftwechsel und Geldsendungen finden für die Dauer der ad 2 be-

merkten Zeit nicht statt.

Breslau, den 24. August 1872.

Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Ein alter Blügel ist billig zu ver-

kaufen. Näheres Markt 56.

Kronthal & Söhne.

Ein fl. Sim. für 1 oder 2 Herren

ist vom 1. September ab zu verm. bei

S. Landsberger,

40 B. St. Adalbert 40 B.

Einladung zur Insertion!

In unserem Verlage erscheint künftigen Monat, wie alljährlich, der in den Provinzen Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen hr verbreitete

Polnische Haushaltungs-Kalender für das Jahr 1873.

Derselbe wird auch diesmal der Beliebtheit, welcher er sich in allen Schichten der polnischen Bevölkerung erfreut, aufs Neue gerecht werden. Seine Reichhaltigkeit, in allen auf den Haus- und Familienbedarf bezüglich Mitteln, ist bekannt. Für die Lectüre werden sich die in demselben befindlichen Erzählungen „Kopernikow“, „Anna Orzelska“ und „Wyprawa do miasta“ als ganz besonders passend und unterhaltend erweisen, ebenso enthält der Kalender für das praktische Leben die Erläuterungen über die neuen Maße und Gewichte u. Der polnische Haushaltungs-Kalender, dessen letzte Ausgabe bereits vor Ende des Jahres 1872 gänzlich vergriffen war, eignet sich auch vorzüglich für

Insertionen

und werden dieselben in Folge seiner großen Verbreitung, von außerordentlichem Erfolge begleitet sein.

Indem wir daher in der neuesten Ausgabe unseres Kalenders Inserate aufnehmen, erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß der Insertionspreis für eine ganze Seite in Quartformat nur 10 Thlr., 1/2 Seite 5 Thlr. 10 Sgr., 1/3 Seite 3 Thlr. 15 Sgr. und für 1/4 Seite 2 Thlr. 20 Sgr. beträgt. Inserate, deren Uebersetzung auch ins Polnische bewirkt wird, werden in unserm Comtoir Wilhelmsstraße 16, sowie durch unsere Colporteur entgegengenommen.

Posen, im August 1872.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

(E. Röstel.)

Patriotische Gedenkfeier

zu Posen am 2. September 1872.

Durch ganz Deutschland wird der Gedanke, den Tag von Sedan als Volksfest zu begehen, zur That.

Hierin begegnet das deutsche Volk dem Wunsche seines ruhmgekrönten Herrschers. Aus kaiserlichem Munde haben wir vernommen, daß es Seiner Majestät eine ungemeine Befriedigung gewähren würde, wenn das Andenken an die von den Grothaten des letzten Krieges untrennbare Wiedererrichtung des deutschen Reiches von dem deutschen Volke aus freiem Antriebe im Gefühle ihrer Bedeutung als Ausgang einer neuen Epoche des nationalen Lebens mit patriotischem Geiste alljährlich neu geweckt werden würde.

Diese Worte haben auch hier freudigen Widerhall gefunden.

Wir sind im Stande unseren Mitbürgern im Anschluß an die von verschiedenen dazu berufenen Organen des öffentlichen Lebens getroffenen Anordnungen das nachfolgende Festprogramm mittheilen zu können.

Festprogramm:

- 1) Blasen eines Choral vom Rathhausthurm.
 - 2) Reveille.
 - 3) Möblichst reicher Schmuck der Häuser.
 - 4) Schulfestlichkeiten.
 - 5) Um 10 Uhr früh: Festgottesdienst in der St. Pauli- und in der Kreuzkirche.
 - 6) Um 3 Uhr Nachm.: Abnahme einer Parade des Posener Landwehrvereins auf dem Wilhelmplatz.
 - 7) Um 4 Uhr Nachm.: Volksfest im Lambert'schen Garten, arrangirt vom Posener Landwehr-Berein.
 - 8) Illumination.
 - 9) Fackelzug und Verbrennen der Fackeln auf dem Wilhelmplatz.
 - 10) Um 8 1/2 Uhr Ab: Großes Feuerwerk mit Festmusik auf dem Kanonenplatz.
 - 11) Gesellige Zusammenkunft in den Lokalen von Hofmann, Wilsbaur und Schwerenz.
- Unsere Mitbürger bitten wir, nach Kräften zum Gelingen des Festes beizutragen.
- Posen, 28. August 1872.

Das Fest-Comité.

| | | | | |
|-----------------------------|--------------------------------------|---|-------------------------------------|---------------------------------|
| M. Breslauer,
Stadttrath | Dr. Brieger,
Gymnasiallehrer. | Bartsch,
Kanzleibirektor. | Gerlach,
Posthalter. | Prof. Dr. Haupt,Kommerzienrath. |
| Heinrich Herz,
Kaufmann. | C. Hartwig,
Kaufmann | Hiersekorn,
Hauptmann a. D. | B. Jaffé,
Kommerzienrath. | Kahlert,
Kaufmann. |
| le Viseur,
Fiskalrath. | Lehmann,
Mittelschullehrer. | J. Massenbach,
Landrath. | Mewes,
Kaufmann. | Müller,
Staatsanwalt. |
| Mulski,
Hauptmann a. D. | Rychlewski,
Auktionskommissarius. | Schmieden,
Appellationsgerichtsrath. | Dr. Schwartz,
Gymnasialdirektor. | Standy,
Polizeibirektor. |
| | E. Stiller,
Kaufmann. | Stein,
Redakteur. | Dr. Wasner,
Redakteur. | Zeh,
Rendant. |

Posen, im August 1872.

P. P.

Dem Kaufmann Herrn Benno Müller zu Wollstein haben wir den Verkauf unserer Weine übertragen, und bitten wir, denselben mit Ihren werthen Aufträgen für uns zu beehren, welche mit größter Sorgfalt ausgeführt werden sollen. Preis-Courant und Proben unserer Weine sind bei obigem Herrn jederzeit zu haben.

Hochachtungsvoll

Association Vinicole

Michel de Grousseau,

Direktor.

Ein möbl. Zimmer zu verm. Näheres S. Neumann, Hotel du Nord, Wilhelmplatz Nr. 3

Zaproszenie do inseratu!

Nakładem naszym wydany będzie w przyszłym miesiącu tak jak dawniejszymi laty rozpowszechniony licznie w W. Ks. Poznańskim, Szląsku, Wschodnich i Zachodnich Prusach

Polski

Kalendarz domowy na rok 1873.

I tą razą przychylności ludu polskiego wszelkiego stanu, jakiej pozyskać mu się poszczęściło, odpowie jak najsumienniejsz. Obfitość treści jego, odnoszącej się do potrzeb domowych i familijnych, jest znakomitą. Za lekturę odpowiednią szczególniejsz. zajmującą poszukacie umieszczają w nim powieści: „Kopernikow“, „Anna Orzelska“ i „Wyprawa do miasta“. Dla życia praktycznego mieści Kalendarz objaśnienia odnoszące się do nowych miar i wag itd. Polski Kalendarz domowy, którego nakład już przed schyłkiem roku 1872 zupełnie rozkupiono, szczególniejsz. także sposobi się do

Inseratow,

jakie, że rozpowszechniony jest bardzo wiele, do niepospolitych przyczynia się skutków.

Ze zaś w wydaniu najnowszym Kalendarza naszego inserta umieszczać będziemy, przeto sobie pozwalamy zwrócić uwagę na to, że opłata za umieszczenie zajmujące całą stronę cwiartkową tylko 10 tal., 1/2 strony 5 tal. 10 sgr. 1/3 strony 3 tal. 15 sgr., a 1/4 strony 2 tal. 20 sgr. wynosi. Inserata w języku polskim ułożone, lub na język polski przełożone, przyjmują kantor nasz przy ulicy Wilhelmskiej pod Nr. 16., jako też nasi kolporterowie.

Poznań, w Sierpniu 1872.

Drukarnia nadworna W. Deckera i Spółki.

(E. Röstel.)

Frankensteiner Saatweizen

in vorzüglicher Qualität ist eingetroffen.

S. Calvary,
Posen.

Glacé-Handschuh, Corsets und Neglige-Haube in überraschend großer Auswahl empfiehlt

S. Knopf,
Schloßstr. 4.

Vom 10. September ab sind wöchentlich 150 bis 200 Centner grüne Stärke ab Platom, Bahnhof abzugeben. Interessanten wollen sich gefälligst an Unterzeichneten wenden.

Posen, 28. August 1872.

H. Ebener.

Maschinenöle, Wagenfett, Petroleum

vorzüglicher Qualität, — sowie Farben trocken u. fertig zum Ausstreichen empfiehlt die Droguenhandlung von

R. Barcikowski,
5. Neustraße 5.

Eine große Sendung frische Ananas-Früchte haben erhalten und offeriren billigt

J. P. Beely & Co.

Greifswalder Pferde-Lotterie

Ziehung am 6. September c. Loose a 1 Thlr. bei

M. C. Hoffmann, T. Luzziński.

Loose

der Graudener Industrie- und Gewerbe-Ausstellung deren Ziehung Ende August stattfindet, sind in der Expedition der Posener Zeitung a 1 Thlr. zu haben.

Verzeichnisse der Gewinngewinnstände liegen daselbst zur Einsicht aus

Su der am 13., 14. und 15. November c. stattfindenden Ziehung der König Wilhelm-Lotterie

4. Serie, deren Hauptgewinn 15,000 Thlr. ist, sind Loose (ganze a 2 Thlr., halbe a 1 Thlr.) in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Für Herren

empfehle als
sicherstes
Schutzmittel:
Gumm- und Fischblasen pr. Dbd. 1—
2 Thlr. geg. Einl. d. d. Nachn. des
Betr. J. Schönfeldt, Berlin, Schu-
mannstr. 19.

162te.

Frankf. Stadt-Lotterie

Ziehung der VI. Klasse vom 11. bis
25. September cr.
Hauptgewinn ev. fl. 200.000.
Die Loose der VI. Klasse müssen bis
spätestens den 9. September Abends 6
Uhr eingelöst werden.
Auch sind noch einige Loose zu
haben.

S. Litthauer.

Posen, Wilhelmplatz Nr. 17.

Ein möbliertes zweifelhafte Zim-
mer sofort zu vermieten. Schumma-
herstraße 11, zwei Treppen rechts.

Eine herrschaftliche Parterrehausung,
bestehend aus 5 Zimmern und Zubehör,
ist zum 1. Oktober c. billig zu ver-
mieten. Näheres Kl. Gerberstr. 6, bei
Guttmann.

Am 1. Oktober noch eine Wohnung
für 100 Thlr. und ein Kellerlokal zu
vermieten. Judenstr. 24.

Zwei Stuben und Küche mit auch
ohne Möbel zu verm. Büttelstr. 8

Kanonienplatz 10 ist ein möbliertes
Zimmer sof. zu beziehen.

Ein freundl. möbl. Stimmer, sowie
Stallungen zu verm. St. Adalbert. 49.

Einem jungen anständigen

Hofbeamten

oder Lehrling sucht sofort oder zum 1.
Oktober das Dom. Ciesle bei Duf.

Richter,

Rittergutbesitzer.

Wir suchen zum 1. Oktober einen
mit der Buchführung und Correspondenz
vertrauten jungen Mann. Der-
selbe muß die Circula eines Gym-
nasiums besucht haben und der beiden
Landessprachen vollkommen mächtig
sein. Bei schriftlicher Meldung bitten
wir Photographie mit beizufügen.

A. & F. Zeuschner,

Hofphotographen in Posen.

Einem tüchtigen Uhrmachergehil-
fen sucht

H. Kirsche,

Uhrmacher in Posen.

Ein Knabe achtbarer Eltern, des
deutschen und polnischen Sprache mäch-
tig, fähig zum 1. Oktober c. in meinem
Büro- und Tabak- und Agenturen
Geschäft als Lehrling Stellung.
Posen, den 28. August 1872.

W. C. Hoffmann.

Ein Laufbursche

wird verlangt von

W. Decker & Co.

Posen.

Einem Uhrmachergehilfen sucht

Frau Winkiewicz,

Wallstraße a. d. Brücke Nr. 96.

Eine Auswärtigerin sucht

C. Landberger, St. Adalbert 40B

Einem Lehrling sucht Tischlermeister

H. Fröhlich, Posen, Bismarckstr. 4.

Einem ordentl. käft. Laufburschen

sucht P. Färber, Breiterstr. 20.

Für mein Leinen- und Ma-

nufaktur-Waaren-Detail-

Geschäft suche ich bei günstigen

Bedingungen einen

Lehrling.

jüdischen Glaubens.

Herrmann Hirsch,

Berlin, Gr. Friedrichstr. 148.

Ein Laufbursche w. verlangt Markt 41.

Ein Laufburschen verlangt

Mannheim Wolfsohn,

Markt 8. Eingang Kränzelgasse.

Ein junger Mann, Reserve-Offizier,
welcher sich bereits seit einiger Zeit der
Landwirtschaft gewidmet, wünscht zum
ersten Oktober d. S. die Beamtenstelle
auf einem in der Provinz Posen be-
legenen nicht zu großem Gute und
war unter unmittelbarer Leitung des
Besizers zu übernehmen. Gehalt
wird nicht beansprucht.

Offerten wolle man gefälligst unter

Nr. A. 2. nach Dobrzyca, Kreis

Krotoschin, befördern.

Ein ordentlicher Laufbursche wird

zum sofortigen Eintritt gesucht

Schloßstr. 83, 2. Etz.

Eine Wittwe in gelegenen Jahren

wünscht eine Stelle als Wirthin bei

einem einzelnen Herrn. St. Martin 61,

im Hofe, Partee, links.

Ein junger Mann (Materialist),

der deutschen und polnischen Sprache

mächtig, dem die besten Referenzen zur

Seite stehen, sucht per 1. Oktober Ein-

gagement. Gefl. Offerten bittet sub

A. K. poste restante Bromberg ein-
zufinden.

Ein gebildeter junger Wirth-

schaftsbeamter, gegenwärtig in

Stellung, sucht zum 1. Oktbr.

anderweit. Engagement.Adr.

postrest. Steszewo 145 L.

Der Herr Johann

Deke, ehemaliger Bürger-

meister in Pudewitz wird hier-

durch aufgefordert, seine Adresse

bei A. Knyplinski in Posen

im Tellus abzugeben.

Am Sonnabend Vormittag ist ein
blauer Sommerstoff-Nach in mei-
ner Conditorei liegen geblieben. Der-
selbe kann gegen Erstattung der Inser-
tionsgebühren abgeholt werden.

R. Neugebauer.

Ein Wirthschafts-Fräulein von außer-

halb wünscht vom 1. Oktober selbst-

ständige Stellung oder auch zur Hilfe

der Hausfrau. Schriftliche Offerten

unter A. R. 6 poste rest. Posen.

Der Landwehr-

Berein Samter

feiert am 2. September im Piasto-
woer Wald zur Erinnerung an die
Schlacht bei Gran ein Volksfest, wo-
zu höchst einladet

Der Vorstand des Landwehr-

Bereins.

gez. Ogurkowski.

gez. H. Tietz.

Dem Fräulein M. Pilawski

zum heutigen Wiegensfest ein donnern-

des, nie verhallendes Lebehoch.

B. K.

Die Verlobung meiner Tochter

Emma mit dem Pfarrer Herrn

Franz Jacobowski beehre ich mich

ergebenst anzukündigen.

Posen, den 28. August 1872

verw. Affessor Ripke.

Meine Verlobung mit Fräulein

Emma Ripke, Tochter der verw.

Frau Affessor Ripke beehre ich mich

ergebenst anzukündigen.

Gembitz, den 28. August 1872.

Franz Jacobowski,

Pfarrer.

Statt besonderer Meldung.

Wir beehren uns, die Verlobung un-

serer Tochter Minna Brach mit

Herrn Ratbinder Dr. Philipp Bloch

in Posen hiermit anzukündigen.

Nach, im August 1872.

L. Baerwald u. Frau.

Saison-Theater.

Donnerstag, den 29. Große Extra-

Vorstellung. Entree 5 Sgr. Zum Be-

nitz für Herrn. Hagen. Neu einkubirt:

Das Volk, wie es weint und lacht.

Lebensbild mit Gesang in 3 Akten und

10 Bildern von D. Kallisch. Musik von

A. Conradi.

Freitag, den 30. August. Auf viel-

fachen Wunsch: Das Stillestehende

Lustspiel in 3 Akten von G. v. Moser

hierauf: Monsieur Hercules. Schwan

in 1 Akt von Belli.

Volksarten-Theater.

Heute: Benefiz für Hrl. Herbert

und zweites Gastspiel der Styrischen

und Schweizer-Alpensängerinnen Ge-

schwister Flora und Marie Rosner.

Bum ersten Male: Die Mönche oder die

Offiziere im Kloster der Carmeliterin-

nen. Lustspiel in 3 Akten. Ein Nacht-

figurentableau etc.

Morgen Freitag: Benefiz für Fräul.

Kallisch: Die Hasen in der Hasenheide

Gisbaine bei

A. Romanowski, St. Martin 69

Körben-Telegramme.

[Amlicher Bericht.] Roggen (per 20 Centner). Ründigungs-

preis 53½. pr. August 53½, August-Sept. 52, Sept.-Okt. 52 Herbst 52,

Okt.-Nov. 51½ Nov.-Dez. 51½.

Spiritus (mit Waß) (per 100 Liter = 10,000 pSt. Tralles). Ründi-

gungspreis 22½ Geländigt 5000 Liter. pr. August 22½, Septbr. 21½,

Oktbr. 18½, Novbr. 17½, Dezbr. 17½, Januar 1873.

[Privatbericht.] Wetter: Schön. Roggen (per 1000 Kilogr.)

matt. pr. August 53½, Sept. 52½, u. S. Sept.-Okt. 52½, u. S.

u. S. Okt.-Nov. 51½, u. S. Nov.-Dez. 51½, u. S. Frühjahr 51½, u. S.

u. S. April-Mai 52½, u. S.

Spiritus (per 10,000 Liter pSt.) matt. pr. August 22½, Sept.

21½, Okt. 18½, u. S. Nov.-Dezbr. 17½, u. S. 17½, u. S. April-

Mai 17½, u. S. Mai 18½, u. S.

Produkten-Körse.

Berlin, 28. August. Wind: Nord Barometer: 28°. Thermometer:

17° +. Witterung: schön. Für Roggen wurden heute im Beginn der

Körse etwas höhere Forderungen gestellt und einzeln auch bewilligt, im Laufe

des Geschäftes schwächte sich die Haltung aber sichtlich ab und die Preise

konnten den erzielten Aufschwung nicht behaupten. Solo war heute wenig

Handel; neuer Roggen ist formwährend knapp. Geländigt 8000 Ctr. Ründi-

gungspreis 53½ R. pr. 1000 Kilogr. — Roggen mehl unbedeut. Geländigt

1500 Ctr. Ründigungspreis 7½ R. pr. 100 Kilogr. — In Weizen

per August spielt sich nun wieder eine Preistreue hier ab in optima Forma.

Die Sorglosigkeit des Deputats ist in diesem Falle, wie ja immer, der feucht-

bare Boden für derartige Manöver. Beträubend ist es aber, daß alle, auch

die direkt gar nicht betheiligten Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden

und doppelt betrübend erscheint es, wenn eine der Gründungen der neuesten

Zeit ihr Kapital vorthelhafter nicht zu verwenden weiß als es zu derartigen

den Platz schädigenden Operationen heranzuleihen. Alle späteren Termine

waren heute flau. Geländigt 18,000 Ctr. Ründigungspreis 92 R. pr. 1000

Kilogr. — Hafer solo behauptet. Termine unverändert. — Rüböl, wenig

belebt und matt. — Spiritus ziemlich fest doch in schwachem Verlebe.

Geländigt 10,000 Liter. Ründigungspreis 24 R. — Weizen solo per 1000

Kilogr. 79—89 R. nach Qual., ord. gelb mäß. 78, mittel gelb 84½, fein do.

87—88 ab Bahn bz., per diesen Monat 92—95 bz., Aug.-Sept. 81 79½ bz.,

Sept.-Okt. 79½—78½ bz., Okt.-Nov. 7½—½ bz., Nov.-Dez. 76½—75½ bz.,

April-Mai 76½—½ bz. — Roggen solo per 1000 Kilogr. 50—55 R. nach Qual.

gef., per diesen Monat 53½—½ bz., August-Sept., Sept.-Okt. 53½—52½ bz.,

Okt.-Nov. 5½—53½ bz., Nov.-Dez. 53½—52½ bz., Frühjahr 53½—½ bz. —

Gerste solo per 1000 Kilogr. 46—55 R. nach Qual. gef. — Hafer solo

per 1000 Kilogr. 38—49 R. nach Qual., befeht oßprüß 36, neu voln. 41—43,

schles. 43 45, pomm. 45 46 ab Bahn bz., per diesen Monat 45 R. bz., Aug.-

Sept. 45 R. bz., Okt.-Nov. 45½ R. bz., Nov.-Dez. 44½ R. bz., Früh-

jahr 45½ R. — Gersten per 1000 Kilogr. 49—55 R. nach Qual.

Winterware 44—48 R. nach Qual. — Raps per 1000 Kilogr. —

Rabben per 1000 Kilogr. — Leinöl solo 100 R. ohne Faß 27½ R.

— Rüböl solo per 100 Kilogr. ohne Faß 23 R., per diesen Monat 22½ R.

August-Sept. do., Sept.-Okt. 22½—½ bz., Okt.-Nov. 22½—22½ R. Nov. Dez.

23½—23 R. bz., April-Mai 23½ R. — Petroleum raffini (Standard white)

per 100 Kilo mit Faß solo 14 R., per diesen Monat 13½ R., August-

Sept. do., Sept.-Okt. 13½ R. bz., Okt.-Nov. 13½ R. bz., Nov.-Dez.

13½ R. — Spiritus per 100 Liter = 10,000 pSt. ohne Faß 24

R. 10 Sgr. bis 23 R. 25 Sgr. bz., per diesen Monat 24—23 R. 27 Sgr.

ab Speicher 24—23 R. 25 Sgr. bz., per diesen Monat 24—23 R. 27 Sgr.

bis 24 R. 27 Sgr. bz., August-Sept. 22 R. 8—14 Sgr. bz., Sept.-Okt. 19 R. 24

27 Sgr. bz., Okt.-Nov. 18 R. 14 Sgr. bz., Nov.-Dez. 18 R. 2—4 Sgr. bz.,

April-Mai 18 R. 8—12 Sgr. bz. — Weizen mehl 0 12—11½ R.,

R. 0 u. 1 11—10½ R., Roggenmehl R. 0 8½—7½ R., R. 0 u. 1 7½—

7½ R. pr. 100 Kilogr. Brutto unverfeuert inkl. Saad. — Roggenmehl R.

0 u. 1 pr. 100 Kilogr. Brutto, unverfeuert inkl. Saad. per diesen Monat 7 R.

27½ Sgr. 7 R. 20—20 Sgr. bz., Sept.-Okt. 7 R. 21 R. 20 Sgr. bz.,

Okt.-Nov. 7 R. 20—20 Sgr. bz., Nov.-Dez. 7 R. 20 Sgr. bz. (S. S. S.)

Stettin, 28. August. [Amlicher Bericht.] Wetter: schön. + 17° R.

Barometer 28° 2'. Wind: SW. — Weizen mott. p. 2000 Pfd. solo

gelber geringer 72—77½ R., besserer 78—82 R., feinsten 82½—85 R.,

neuer ord. 45—55 R., feinsten 82 R., August 82½ R., August-Sept. 81½

80½ R. bz., Sept.-Okt. 78½—½ bz., Okt.-Nov. 77½—½ bz., Frühjahr 76½

76½ R. bz. — Roggen matt. p. 2000 Pfd. solo geringer 47½—48½ R., besserer

49 51 R., neuer feiner 53½—55 R., August, Aug.-Sept. 50 R., Sept.-Okt.

50½ R. bz., Okt.-Nov. 51½, 50½, 51 R. bz., Frühjahr 52½—½ bz. — Sommer-

gerste ohne Handel. — Winterweizen p. 2000 Pfd. solo 100—103 R.,

Sept.-Okt. 103½ R. u. S. — Feinstes Landmehl:

Weizen Roggen Gerste Hafer Gersten Winterweizen

75—81 50—64 40—45 30—32 52—46 —

Den 22—25 Sgr., Stroß 6—8 R. Kartoffeln 10—14 R. pr. Wpl.

— Rüböl solo, p. 200 Pfd. solo 22½ R. R., August und August-Sept. 22½

R., Sept.-Okt. 22½ R. u. S., Okt.-Nov. 22½ R., April-Mai 22½ R.

22½ R. — Spiritus wenig verändert, August zu unregelmäßigen Preisen

gehandelt, p. 100 Liter a 100% solo ohne Faß 24½ R. bz., vom Lager 24½

bz., August 26, 25½, 24½, 25 R. bz., Aug.-Sept. 23½, 23 R. bz., Sept.-Okt.

19½ R. u. S., Okt.-Nov. 18½ R. u. S., Frühjahr 18½, 18 R. bz. — Regulierungs-

preis: Weizen 82½ R., Roggen 50 R., Spiritus 25 R. — Angewendet:

1000 Ctr. Weizen, 140,000 Liter Spiritus — Petroleum fester in Folge

höherer Preise von Rio de Janeiro und Hamburg. solo 6½ R. bz. 6½ R., Sept.-

Okt. 6½ R. bz. 6½ R., Okt.-Nov. 6½ R. u. S., 6½ R. (Dr. Btg.)

Wien, 28. August. [Amlicher Bericht.] Wetter: schön. + 17° R.

(1000 Kilo) höher, pr. August 56½ R., Aug.-Sept. 56½ R. u. S. Sept.

Okt. 55½ R. u. S., Okt.-Nov. 51½ R., Nov.-Dez. 54½ R., D. 3. Jan. —

April-Mai 1873 55—56½ R. — Weizen per 1000 Kilo per August 85

R. — Gerste per 1000 Kilo per August 49½ R. — Hafer per 1000 Kilo

per August 49½ R.

pe. August 41 R., Sept.-Okt. 41 R. — Raps per 1000 Kilo per August

100 R. — Rüböl per 100 Kilo still, solo 22½ R., pr. August 22½ R., Aug.-

Sept. 22½ R., Sept.-Okt. 22½ R. u. S., Okt.-Nov. u. Nov.-Dez. 22½ R.,

April-Mai 1873 22½ R. — Spiritus per 100 Liter a 100%, wenig ver